Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 161 | Bezugspreis: Monatlich 1 75 Mk frei Haus. Bei Abholung 1.60 Mk Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Freitag, den 18. Juli 1919 | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig. im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang

Der Protest des Weltproletariats.

An die Parteigenossen im Lande erläßt der Parteivorstand der S. P. D. von Berlin aus folgenden

Aufruf:

„Der Parteivorstand hat durch Rundschreiben vom 7. Juli die Parteiorganisationen aufgefordert, Versammlungen und Demonstrationen großen Stils vorzubereiten.

Es gilt, dem Treiben der Reaktionäre entgegenzutreten, die die durch den Krieg so drückend gewordene Lage in verleumderisch-demagogischer Weise für ihre Parteizwecke auszunützen suchen. Es muß dem Volke zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Revolution als elementares gesellschaftliches Ereignis die unausbleibliche Folge der Kriegspolitik der ehemals herrschenden Klassen war und daß diese allein die Schuld an dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Volkes tragen.

Ebenso muß der katastrophalen Politik der Unabhängigen und Kommunisten entgegengetreten werden, die, wie gebannt auf die baldige Weltrevolution hoffend, durch

putschistische Aktionen und Generalstreiks

der allmählichen Gesundung unseres Wirtschaftslebens, dem sozialistischen Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands unausgesetzt hindernd in den Weg treten.

Am 21. Juli protestieren die Sozialisten Frankreichs, Englands und Italiens gegen den gewaltätigen Imperialismus der Entente. Der deutsche Imperialismus liegt vernichtet am Boden, der Kampf der Entente geht und ging gegen Deutschland, als das Land, in dem der sozialistische Aufbau der Gesellschaft unter demokratischer Einwirkung des ganzen Volkes sich vollziehen soll.

Wir fordern unsere Parteiorganisationen entsprechend der ihnen zugegangenen Weisung auf, die Aktion unserer Genossen in den Ländern der Entente mit der unserigen zu vereinen und sie zu einer Kundgebung aller Sozialdemokraten Europas zu gestalten.

Es lebe die Demokratie! Es lebe der Sozialismus!

*

An die Genossen und Genossinnen im Bezirk

erläßt der Bezirksvorstand unserer Partei für den Regierungsbezirk Merseburg im Anschluß an den Aufruf des Parteivorstandes folgende von den Funktionären einstimmig gutgeheißene Kundgebung:

Am 21. Juli werden die sozialistischen Parteien in England, Frankreich und Italien eine große Protestaktion

gegen den Gewaltfrieden

unternehmen. Wir begrüßen diesen Protest der Sozialisten in den siegreichen Ländern und würden das Gleiche getan haben, wenn wir in derselben Lage wären. Indes: Deutschland ist besiegt, wir wurden gezwungen, den brutalen Gewaltfrieden anzunehmen. Gegen ihn haben wir in Wort und Schrift mit aller Schärfe protestiert.

Wenn die Sozialisten in den siegreichen Ländern ihrem Protest durch einen eintägigen Generalstreik besonderen Ausdruck geben wollen, so hat das unter diesen gegebenen Umständen einen Sinn. Für die deutschen Arbeiter bedeutet jetzt jeder Tag der Produktionsunterbrechung eine empfindliche Schädigung. Unsere Sympathien mit den Genossen der Entente können wir, wie unsere österreichischen Genossen

durch Kundgebungen ohne Arbeitsunterbrechung

wirksam zum Ausdruck bringen. Die Arbeitsruhe am Montag wäre nichts als eine sinnlose, zwecklose Schädigung der deutschen Arbeiterschaft und des deutschen Volkes.

Die Halleschen Betriebsvertrauenslente der unabhängigen Partei und das Gewerkschaftskartell haben z. B. die Arbeitsruhe für den 21. Juli beschlossen. Wir ersuchen unsere Genossinnen und Genossen, überall frei und offen zu erklären, daß die Arbeitsruhe am Montag eine überflüssige Form der Demonstration ist. Wo man trotzdem die Arbeitsruhe beschließen will, dort verlangt darüber eine geheime Abstimmung.

Wir wünschen und hoffen, daß das Vorgehen der Sozialisten in den siegreichen Ländern den nötigen Erfolg bringen möge. Gerade darum wenden wir deutschen Sozialdemokraten uns mit aller Schärfe gegen die neue deutschnationale Völkerverhetzung, die nach der Friedensunterzeichnung bei uns eingesetzt hat. Gegen diese deutschnationale Hetze haben wir gleichfalls schon in Wort und Schrift entschieden protestiert. Da, wo das noch nicht geschehen ist, und bis zum 21. Juli nicht geschehen kann, mögen die Genossen hierzu die nächste Gelegenheit benutzen.

Gegen den Gewaltfrieden — Gegen die neue Völkerverhetzung.

Wirksamen Protest — keinen sinnlosen Streik.

Halle, den 18. Juli 1919.

Das internationale Proletariat hat einen Tag gewählt, an dem es geschlossen und machtvoll gegen die Machenschaften des internationalen Kapitalismus und Imperialismus protestieren will. Reden wir heute vom internationalen Imperialismus, so können wir nur gewissermaßen den der siegreichen Ententestaaten meinen, der einst so lebenskräftige Imperialismus der Mittelmächte liegt zerschlagen und zerbrochen am Boden. Wer vor allem dies fest ins Auge faßt, wird auch die rechten Schlüsse ziehen. Die Bewegung geht von den Ententesozialisten aus, die am Montag, den 21. Juli

einen eintägigen Proteststreik

veranstalten wollen. Die Sozialisten der im Kriege neutralen Staaten werden sich, wie aus mancherlei Kundgebungen zu ersehen ist, der Bewegung anschließen. Der Stoß der Ententesozialisten richtet sich in erster Linie gegen das militärische Vorgehen ihrer Regierungen gegen die Sowjetrepubliken Rußland und Ungarn und erst in zweiter Linie protestieren sie gegen den Vergewaltigungsfrieden von Versailles. Sicher wäre ihr Protest in dieser zweiten Angelegenheit schärfer, wenn nicht ein Teil des deutschen Proletariats, die Unabhängigen, von vornherein gerufen hätten: Wir unterschreiben und damit kundgaben, daß sie sich mit dem Frieden abfinden würden. Danach lag für die Sozialisten der Ententeländer nichts näher, als sich ebenfalls mit dem Ausgang der Friedenskomödie zufrieden zu geben.

Wir deutschen Sozialdemokraten haben gleich nach Bekanntwerden der Friedensbedingungen mit aller Kraft und allen Waffen

den Kampf gegen den Gewaltfrieden

aufgenommen. Kleine Verbesserungen sind durch diese Politik erzielt worden, daß sie nicht größer waren, lag nicht an uns Sozialdemokraten, die gerade in dieser Frage das Wohl des gesamten Volkes über das Wohl ihrer Partei stellten. Mit geistigen, moralischen und rechtlichen Waffen haben wir den Kampf aufgegriffen, so haben wir ihn fortgeführt und werden ihn weiter führen, bis endlich die Völker den wahren Frieden schließen werden.

Es kann kein Zweifel sein, daß auch wir den Bestrebungen der sozialistischen Bruderparteien in den Ententeländern, die sich gegen den Gewaltfrieden und die gegenrevolutionäre Unterdrückungspolitik der Entente richten, mit der wärmsten Sympathie gegenüberstehen. Der Parteivorstand zeigt in dem oben abgedruckten Aufruf den Weg, den wir zu gehen haben, um unser Tun an diesem Tage mit der Aktion der Ententesozialisten zu vereinen. Aber wir deutschen Arbeiter haben keinerlei Veranlassung, die Arbeit ruhen zu lassen, auch ohne dies können wir die Protestaktion wirksam gestalten. Der Streik an diesem Tage, die Arbeitsruhe in den Weststaaten richtet sich vornehmlich gegen die eigenen Regierungen, um diesen den Protest eindringlicher zu Gemüte zu führen. Dazu haben wir deutschen Sozialdemokraten keine Veranlassung. In dieser Frage ist

die deutsche Regierung mit den deutschen Sozialisten einig,

in der Friedensfrage gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen Volk und Regierung und auch die raffinierteste Demagogie der Linksradikalen wird nicht beweisen können, daß die deutsche Regierung sich nicht mit der gleichen Leidenschaft gegen den Gewaltfrieden wendet wie die deutschen Arbeiter.

Schon aus diesem Grunde ist der Generalstreik an diesem Tage abzulehnen. Aber es sprechen ja noch andere Gründe mit, die wirtschaftliche Lage unseres Volkes gestattet uns so überflüssige Demonstrationen nicht. Die oben gebrachte Kundgebung des Bezirksvorstands sagt das richtig: Jeder Tag Streik schadet vor allem der Arbeiterschaft, neben dem Lohnausfall wird unsere Volkswirtschaft empfindlich geschädigt und auch gerade dadurch werden wieder die beschäftlosen Volksgenossen, die Arbeiter, am schärfsten getroffen. Unter den gegebenen Umständen ist ein Proteststreik für die deutsche Arbeiterschaft ein unnötiger Luxus, das deutsche Volk aber sitzt wegen der verbrecherischen Politik der Machthaber von gestern so tief im Elend, daß es sich keinerlei Luxus mehr leisten kann.

Die österreichischen Genossen, die dem Ententeprotest ebenso sympathisch gegenüberstehen wie wir und im Grunde noch viel radikaler tun als die deutsche Sozialdemokratie, protestieren am Sonntag gegen die Entente-Imperialisten und sehen von jeder Arbeitsunterbrechung ab. Auch wir in Deutschland werden es nicht anders tun. Der sozialdemokratische Bezirksvorstand von Groß-Berlin fordert im „Vorwärts" die Parteigenossen auf, sich in Massen an den Versammlungen am 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, zu beteiligen, in denen gegen den Gewaltfrieden, gegen den Imperialismus und für die allgemeine Völkerverbrüderung und für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens demonstriert werden soll. Von allgemeiner Arbeitsruhe wird Abstand genommen. So wird es im ganzen Reiche gehandhabt werden. Protestkundgebungen nach Arbeitsschluß werden die gleiche Wirkung bei unseren Genossen im Auslande haben wie ein überflüssiger, sinnloser Streik.

Die Unabhängigen allerdings betrachten nach ihrem Aufruf diese Protestaktion nicht so sehr als eine solidarische Handlung für die Gesamtaktion des internationalen Proletariats gegen die Regierungen der siegreichen Allianz, als gegen die deutsche Regierung selbst. Ihre schärfste Gegnerschaft gilt nicht den Feinden Deutschlands, sondern der Regierung des eigenen Volkes und wenn der unabhängige Zentralvorstand sich in seinem Aufruf auch vorsichtig ausdrückt und gleichfalls nicht von Arbeitsruhe spricht, so ist es jedenfalls doch anders gemeint, denn die Macher der U. S. P. in unserem Bezirk haben den Streik beschlossen und werden jedenfalls mit allen Mitteln versuchen, ihren Beschluß restlos durchzuführen. Was wir als sinnlos und schädlich erkannt haben,

müssen wir bekämpfen,

und darum fordern wir alle Arbeiter und Genossen auf, sich an dem Streik nicht zu beteiligen und überall geheime Abstimmung über den Streik zu verlangen. Wenn die Unabhängigen jetzt plötzlich eine große Protestbewegung inszenieren, so wollen sie mit dieser Geste offenbar vergessen machen, daß sie es gewesen sind — sie und niemand anders —, die durch ihr übereiltes Annahmegeschrei vor Unterzeichnung des Friedens jede einheitliche Protestaktion des deutschen Volkes gegen die uns auferlegten Friedensbedingungen unmöglich gemacht haben.

Wirksam wollen wir uns dem Protest unserer Genossen auf der Ententeseite anschließen, ein Streik für uns ist aber dazu nicht nötig, der Hauptstoß ist hierbei von den Ententesozialisten zu führen, unserer wärmsten Sympathien und möglichsten Unterstützung sind sie gewiß, mag ihr Vorgehen den erwünschten Erfolg haben und mit dazu beitragen, uns bald, recht bald den wirklichen Völkerfrieden zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0001

Minister Braun gegen die Agrar-Bolschewisten.

Zu der gestrigen stürmischen Sitzung in der Landesversammlung äußern sich die Blätter sehr verschieden. Die Volkszeitung sagt: Minister Braun habe gegen die Agrar-Bolschewisten gesprochen. — Der Vorwärts schreibt: Die Rede des Landwirtschaftsministers war die Tat, auf die wir seit Ausbruch der Revolution gewartet haben. Wir begrüßen die rücksichtslose Offenheit, mit der der Genosse Braun den wahren Charakter des Krautjunkertums gekennzeichnet hat. — Die Deutsche Tageszeitung sagt: Die Landwirtschaft weiß, woran sie ist. Die Erkenntnis der wärmsten Anteilnahme ihres Ressortministers an seine Parteiinteressen hat sie überzeugt, daß sie, so lange dieser Mann und dieses Regime am Ruder sind, nur auf sich selbst gestellt ist.

Der Schmerz der Agrarier ist zu verstehen, wir aber freuen uns über die trefflichen Worte des Genossen Braun. Er hat gewiß allen Parteigenossen und dem größten Teil des Volkes aus dem Herzen gesprochen. Es wäre zu wünschen, daß alle unsere Genossen in der Regierung diese Töne fänden.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 17. Juli.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Das Gesetz zur Milderung der Warenhaussteuergesetze wird angenommen.

Es folgen förmliche

Anfragen über den Landarbeiterstreik und das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Abg. Koch (Dn.): Oeffentlich besteht der spartakistisch-kommunistische Plan, unser Wirtschaftsleben nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen. Der Streik muß unbedingt verhindert werden, und das ist nur möglich, wenn die Regierung Festigkeit zeigt.

Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.): Die Rechte hat es so weit gebracht, daß die Gefahr eines Landarbeiterstreiks droht. Jetzt macht sie Stimmung gegen die Landarbeiter, um ihnen das Koalitionsrecht zu rauben. Die ganze Hetze rührt vom Pommerschen Landbund her. Von Spartakismus auf dem Lande kann keine Rede sein. Würden wir eine Politik im Sinne der Agrarier führen, dann würde er bald Boden fassen. Sorgen Sie endlich dafür, daß es zu einer Verständigung kommt.

Abg. Meerhof (U. S.): Ich habe bisher gesunden, daß gerade die ärgsten Wucherer und Schinder am lautesten über den Terror der Spartakisten und Kommunisten herziehen. Wie ist es möglich, daß auch jetzt diese Diktatur der Gewalt bevorsteht?

Landwirtschaftsminister Braun: Es versteht sich von selbst, daß die Regierung alles getan hat, der Gefahr eines Streiks der Landarbeiter vorzubeugen. Die Verhältnisse auf dem Lande sind noch am rückständigsten. Dieser Umstand wird jetzt von einzelnen Kommunisten ausgenutzt, um die Landarbeiter zu Streiks geneigt zu machen. Gegen diese Elemente, die an die Stelle der Demokratie und des wahren Sozialismus den rohen Handgranaten-Sozialismus setzen wollen, wird mit allen Mitteln eingeschritten werden. Wir werden die berechtigten Wünsche der Landarbeiter erfüllen. Ihre wirtschaftliche Lage muß von Grund aus umgestaltet werden. Ich habe einen besonderen Referenten bestellt für die landwirtschaftlichen Arbeitersachen. Es ist eine Verleumdung, daß der Landarbeiterverband den Streik geschürt habe. Im Gegenteil, seine Funktionäre haben mich in wirksamster Weise unterstützt. Der Pommersche Landbund hat das Zustandekommen von Tarifverträgen verhindert. Ja, es ist ihm gelungen, für seine loyalen Machenschaften sogar militärische Stellen einzufangen. (Als der Minister davon spricht, daß er sich genötigt gesehen habe, Haussuchungen zu veranlassen, wird ihm das Recht hierzu in stürmischere Weise von der Rechten bestritten.) Das gemeingefährliche Treiben des Landbundes hat hauptsächlich den Streik herbeigeführt. Den Regierungskommissar, Regierungsrat Dr. Grimm, hat man durch Zahlung von der Erfüllung seiner Pflicht abwendig machen wollen, und als er solche Versuche abwies, hat man ihn verleumdet, er habe den Streik geschürt. Ein Mitglied dieses Hauses, Herr von der Osten, hat diese Unwahrheit weiter gegeben. (Große Unruhe rechts.) Es ist unerhört, daß ein Mann, der im öffentlichen Leben steht, sich nicht entblödet, solche Unwahrheiten gegen einen pflichttreuen Beamten zu verbreiten. (Lärm rechts.) Als der Belagerungszustand verhängt wurde, habe ich sofort versucht, ihn wieder aufzuheben, weil ich daraus nur eine weitere Ausdehnung des Streiks befürchtete. Wenn die militärischen Stellen in der gleichen Weise weiter in Wirtschaftsfragen eingreifen, dann lehne ich jede Verantwortung für die Folgen ab. Ich hoffe, daß es gelingen wird, überall in Pommern landwirtschaftliche Spruchkammern zu schaffen und ähnliche Konflikte für die Zukunft auszuschalten. Wir können es nicht dulden, daß die bolschewistischen Elemente von rechts den Frieden untergraben. (Großer Lärm rechts.) Ich habe mich seit Jahrzehnten der Landarbeiter angenommen, und ich muß ihnen zurufen: Der Streik ist das allerletzte Mittel, und jetzt wäre

der Erntestreik ein Wahnsinn oder ein Verbrechen.

(Sehr richtig!) Die Ernte muß ordnungsgemäßer eingebracht werden. Nur so kann unser unglückliches Vaterland vor völligem Untergang bewahrt werden. (Stürmischer Beifall links.)

Ein Antrag Adolf Hoffmann, die gestern begonnene Beschränkung der Redezeit wieder aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Rechten und Unabhängigen abgelehnt, und ein Vorschlag des Vizepräsidenten angenommen, für diesen Gegenstand die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken.

Abg. von der Osten (Dn.): Meine Zeugen (der Redner verliest die Namen) haben sich bereit erklärt, ihre Aussagen betreffs des Herrn Dr. Grimm vor Gericht eidlich zu erhärten. (Hört, hört! rechts.) Ich durfte mich also wohl für berechtigt halten, diese Bekundungen als Tatsache hinzunehmen. Der Kommissar hat hiernach zwar vor kleinen örtlichen Streiks gewarnt, aber den allgemeinen Generalstreik empfohlen. Er sagte, nur durch ihn sei etwas zu erreichen, und wenn es beim ersten Male nicht glücken sollte, dann sollten es die Landarbeiter ein zweites und ein drittes Mal versuchen. (Hört, hört! rechts.) Wir stehen den Organisationsbestrebungen der Landarbeiter durchaus wohlwollend gegenüber. (Lachen links.) Die erste Regierungsstelle von Pommern hat leider keine Haltung gezeigt, die dem Ernst der Zeit entspricht. (Beifall rechts.)

Abg. Schauer (Soz.): Die spartakistischen Unruhen kommen von den Gutsbesitzern selbst her. Sie geben das Geld dazu. (Lachen rechts.) Der Eingang der Ernte ist sicher, wenn der Belagerungszustand ein Ende findet und die Grundrechte des Arbeiters unangetastet bleiben. (Beifall links.)

Kriegsminister Reinhardt: Die militärische Hilfe wurde angerufen vom Regierungspräsidenten in Stralsund oder seinem Stellvertreter. Darauf wurde der Belagerungszustand verhängt. Das Generalkommando hat sofort an das Staatsministerium berichtet, und dieses hat zwei Kommissare nach Pommern gesandt, die die Entscheidung darüber haben, ob und inwieweit die militärischen Maßregeln aufrechtzuerhalten sind.

Abg. Sauermann (Ztr.): Der Pommersche Landbund nimmt eine vollkommene Sonderstellung ein. In anderen Provinzen ist es unschwer gelungen, auf Grund von Tarifverträgen zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Minister Braun: Herr von der Osten hat meine Feststellung nicht im geringsten erschüttert. Die von ihm genannten Zeugen sind gar nicht in der Versammlung gewesen, in der Dr. Grimm die ihm zugeschriebenen Aeußerungen getan haben soll. Es ist Sorge zu tragen, daß die Sache vor Gericht vollständige Klarheit finden wird. Unwahr ist auch die von ihm verbreitete Behauptung, ich hätte mich der Deutschnationalen Volkspartei als Sekretär angeboten. Ich bin seit 1914 Sozialdemokrat.

Abg. Westermann (Dem.): Ehe so einschneidende Maßnahmen, wie die Verhängung des Belagerungszustandes, getroffen werden, sollten sich die militärischen Behörden mit den Zivilbehörden ins Benehmen setzen.

Es tritt eine Pause ein bis 7½ Uhr.

*

Wer sind die „Spartakisten"?

Die Sklavenhalter auf den großen Klitschen in den Ostprovinzen empfinden mit großem Mißbehagen das Vorwärtsschreiten des Organisationsgedankens auf dem Lande. Die Glorie des alten Bundes der Landwirte verblaßt vor dem Ruhme, den sich trotz seines kurzen Bestandes der sogenannte „Landbund" schon erworben hat. Man wird sich noch allgemein der von diesem neuen Organisationsgebilde der Agrarier betriebenen „Spatenverteilung" erinnern, einer Verteilung von Handgranaten und Gewehren, deren Umfang nicht zu beurteilen aber vorsichtshalber nicht zu gering zu bewerten ist. Schon seit Wochen orakelt die von diesem Landbund beeinflußte Presse von dem großen Landarbeiterstreik, der in der Erntezeit ausbrechen und die deutsche Ernährung auf das schlimmste gefährden sollte. Es ist erwiesen, daß es sich hier um ein niederträchtiges Manöver handelt. Die Hetze richtet sich weniger gegen die Möglichkeit eines Streikes, als vielmehr gegen die Organisationen der Landarbeiter, die man mit Hilfe des Staates zertrümmern oder mindestens machtlos machen will. Damit aber beschwört man gerade die Möglichkeit eines Streiks in frevelhaftester Weise herauf, denn es läßt sich nicht annehmen, daß die Landarbeiter auf die Dauer diesem Treiben untätig zuschauen. **Die organisierten Landarbeiter denken nicht daran, die Ernte verkommen zu lassen,** und nichts ist ekelhafter als die Hetze der bürgerlichen Presse, bei dieser Gelegenheit wieder den Allerweltspopanz „Spartakus" an die Wand zu malen, dem man dadurch in den Geruch einer unheimlichen, teuflischen Macht bringt, die die kommunistische Bewegung nicht im entferntesten besitzt.

Ueber die Vorgeschichte des Landarbeiterstreiks wird im Vorwärts unter anderem berichtet: „Als vielerorten in Deutschland die Tarifverhandlungen in der Landwirtschaft im vollen Gange, ja, zum Teil schon abgeschlossen waren, trat in Pommern der Landbund auf. Besonders charakteristisch war sein erstes Auftreten in jenem Kreise, dessen politisches Leben seit 20 Jahren in Pommern besonders beachtlich, ja, in gewisser Beziehung richtunggebend ist, im Kreise Grimmen. Hier wurde der Landbund begründet in der zweiten Hälfte des März. Der Leiter des Bundes, Herr von Bonin-Gülzow hat in der Begründungsversammlung ausdrücklich erklärt, die Landwirtschaft (das heißt die Groß-Agrarier) will „Herr im eigenen Hause bleiben", man wünsche keinen Tarif, schon am 7. März habe der landwirtschaftliche Verein in Grimmen die Bildung eines Arbeitgeberausschusses abgelehnt, zu deutsch: man wolle den Tarif verhindern, indem man verhinderte, die notwendige Stelle zu schaffen, ohne die ein Tarif nicht zustande kommen kann."

Nach dreitägigen Verhandlungen im Rathaussaale in Stralsund haben sich die Verhandlungen, die schließlich doch noch zustande kamen, zerschlagen. Die Tonart der Landbündler, die von Anfang an angeschlagen wurde, war eine recht sonderbare. Nicht nur, daß der beratene Lohntarif recht erheblich herabgesetzt worden war, auch in wesentlichen Einzelheiten, die von der größten Bedeutung für Ruhe und Ordnung und für ein friedliches Arbeitsverhältnis sind, trat die glatte Ablehnung aller Arbeiterforderungen zutage. Man bestand nun wieder auf den elfstündigen Arbeitstag. Das Schlichtungsverfahren wurde mit allen Mitteln abgelehnt. Die Agrarier wollen das Schlichtungsverfahren nicht haben. Natürlich, wie Herr v. Bonin ganz richtig gesagt hat, sie wollen „Herr im eigenen Hause" sein. So ging es weiter im Kampf gegen den Gedanken des Schlichtungsverfahrens und gegen die örtlichen Arbeiterausschüsse, die trotz ausdrücklicher Weisung des Ministers des Innern an die Landräte noch heute in Vorpommern so gut wie nirgends vorhanden sind, so daß der erste Unterbau des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiterschaft mit allen Mitteln verhindert wird durch das Herrentum im eigenen Hause. Genosse Goebel als Führer der Landarbeiterschaft hat den Agrariern danach ins Gesicht gesagt, daß es sich für sie um eine Kraftprobe handele.

Ihr „Programm" hat geklappt. Der kommandierende General des 2. Armeekorps, Herr von Oven, hat über ganz Pommern den Belagerungszustand verhängt. Ueber die Folgen dieser Maßnahme, zu der er ohne Zustimmung des Reichswehrministers überhaupt nicht befugt war, konnte er gleich quittieren. Die Folgen auf dem Lande werden natürlich auch nicht ausbleiben und ihre Ausdehnung wird davon abhängen, wie lange Herr von Oven noch weiter in Scheben macht. Genosse Noske wird sich wahrscheinlich bei ihm für solche Bärendienste bedanken. Den Junkern aber muß ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Interessant ist, daß die Landarbeiter gern gewillt sind, nach Bedarf Ueberstunden zu machen, ja, sie sind selbst bereit, die Höhe der Ueberstunden vom Betriebsleiter bestimmen zu lassen. Aber die Höhe der Löhne, das Organisations- und Mitbestimmungsrecht, da sitzt der Haken.

Der Hero des zu befürchtenden „Bolschewismus" auf dem Lande ist in diesem Falle das Stettiner Generalkommando, ist der gegenrevolutionäre „Landbund", und die erste Sicherung der Ernte besteht darin, Herrn von Oven und seinen Hintermännern das Handwerk zu legen.

Die Lage im Landarbeiterstreik.

Ueber die Lage des Landarbeiterstreiks erfahren die P. P. N.: Die Meldungen, die heute und gestern durch die Presse gegangen sind, die von einem großen Streik der Landarbeiter in Pommern sprechen, sind im allgemeinen stark übertrieben. Im Regierungsbezirk Stralsund befindet sich ein einziger Streikherd und zwar in Franzburg, in dem etwa 1200 bis 1500 Landarbeiter sich im Ausstand befinden. In den anderen Landkreisen Grimmen und Greifswald herrscht wohl im allgemeinen erregte Stimmung unter den Landarbeitern, jedoch wird, abgesehen von ganz unbedeutenden Arbeitsniederlegungen einzelner weniger, nicht gestreikt; ebenso liegt es in den Landkreisen Demmin, Anklam und Ueckermünde. Auch hier ist von einem Streik der Landarbeiter nicht die Rede.

Die Arbeiter in Stralsund und Stettin streiken gegen den Belagerungszustand, die „Bürger" der beiden Städte sind nach der nicht gerade feinen Streikhetze des Reichsbürgerrats in den Gegenstreik eingetreten.

Berlin, 18. Juli. Die Lage in Stettin war bis gestern abend unverändert. Der Zugverkehr von Berlin nach Stettin und entgegengesetzter Richtung erlitt keine Unterbrechung. Der Stettiner Fernverkehr wurde durch die Beamten und Lokomotivführer aufrecht erhalten.

WTB. **Greifswald, 17. Juli. Der für heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Greifswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidenten in Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, welche die Aufhebung des Belagerungszustandes im Auge haben. Vom Oberpräsidenten in Stettin wird mitgeteilt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes im Stadtkreis Greifswald, im Landkreis Greifswald, im Landkreis Grimmen und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet wird. Infolgedessen hat sich die Arbeiterschaft wieder beruhigt. In Stralsund wird der Abwehrstreik der Bürgerschaft sehr scharf kritisiert. Telephongespräche mit Stralsund und Telegramme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche mit Stralsund zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Ausstand angeschlossen.**

Ende des Landarbeiterausstandes?

Wie dem Lok.-Anz. aus Stralsund mitgeteilt wird, wäre gestern nach zweitägiger Verhandlung ein neuer Landarbeitertarif durch beiderseitiges Entgegenkommen abgeschlossen worden.

Fritz Adler gegen die Rätedittatur.

Man hat den österreichischen Genossen Fritz Adler sehr oft mit Liebknecht verglichen. So wie Liebknecht hat auch Fritz Adler unter Einsatz seines Lebens für eine revolutionäre Politik gekämpft, als wir noch mitten in dem schauderhaften Weltkrieg lebten. Er war es, der den tödlichen Schuß auf den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh abgab und nachher vor dem Gericht in geradezu heroischer Weise die Tat auf sich nahm und jede von dem Gericht so gern gewährte Möglichkeit, an dem Strick vorbei zu kommen, schroff ablehnte. Damit dürfte wohl Fritz Adler den Beweis erbracht haben, daß eine revolutionäre Gesinnung in ihm lebt, an der sich mancher Kommunist ein Beispiel nehmen könnte.

Die größte Differenzfrage zwischen uns und den linksstehenden Sozialisten ist die von diesen geforderte Diktatur des Proletariats, während unsererseits die demokratische Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit gefordert wird. Das war der Scheideweg, an dem sich die Massen des sozialistischen Proletariats trennten, und fast scheint es, als ob sich die beiden Richtungen immer mehr aus den Augen verlieren würden. Gelingt es uns nicht, irgendeine Formel zu finden, die uns wieder zur Einigung führt, so ist es letzten Endes die Sache des Proletariats, die unter die Räder kommt und von der anstürmenden Reaktion niedergetrampelt wird.

Da ist es interessant und wird sehr viele unserer Genossen zum Nachdenken anregen, was Fritz Adler in der linksgerichteten österreichischen Parteiwochenschrift „Der Kampf" über diese Frage schreibt:

„Die Errichtung der Rätediktatur in Deutsch-Oesterreich bedeutet die Niederlage des Proletariats in längstens zwei Wochen, wahrscheinlich in einer Woche . . . Wir sind gewiß nicht gegen persönliche Opfer, noch gegen solche, die die Massen bringen, mögen diese Opfer auch noch so groß sein! Aber wir sind gegen das kleinste Opfer, wenn es zwecklos ist, wenn es gebracht wird in Erkenntnis der unausweichlichen Niederlage! . . . Wenn heute eine rein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0002

sozialistische Regierung in irgendeiner Form die Macht ergreifen würde, so müßte ihre erste Erklärung sein: Arbeiter, erwartet keine Verbesserung eurer gegenwärtigen materiellen Lage, im Gegenteil, rechnet damit, daß größerer Hunger, schwerere Entbehrungen bei uns einkehren können! Das ist der entscheidende Punkt, der uns von der Propaganda der Kommunisten und Sozialrevolutionäre trennt. Sie sagen dem Proletariat: Die Rätediktatur wird euch mehr Brot geben, eure unmittelbare Not lindern. Wir halten eine Lügenpolitik gegenüber der Arbeiterklasse für unter unserer Würde, wir verschmähen die Künste der Demagogie. Wir sagen unseren Genossen stets nur die Wahrheit, so gut wir sie erkennen. Und diese traurige Wahrheit ist heute, daß keinerlei Aenderung der Regierungsform die Not und das Elend, die als unmittelbare Folgen des fluchwürdigen Krieges auf uns lasten, zu lindern vermag. Der Sozialismus besteht in der gerechten Verteilung der vorhandenen Güter. Der Sozialismus kann nichts leisten, wo nichts vorhanden ist, was zu verteilen wäre."

Das Ende des Berliner Vollzugsrats.

Die Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlansd sind unter Abgabe einer Erklärung aus dem Vollzugsrat ausgetreten. Damit hat das Bestehen einer Körperschaft ein Ende erreicht, die seit langem in keiner Weise irgendwie produktiv zu wirken in der Lage war, sondern lediglich ein Tummelplatz niedrigsten politischen Demagogentums darstellte. Der Grund liegt außer in der Einsicht, daß jede Tätigkeit dort unnütz, in den unaufhörlichen Beleidigungen, dessen unsere Genossen seitens der Kommunisten ausgesetzt waren. Obschon gerade sie es waren, die immer wieder Vorspann leisten mußten, um bei der Regierung verhaftete Arbeiterräte der Unabhängigen und Spartakisten wieder frei zu bekommen, fielen diese in der schmutzigsten Weise über sie her und bezeichneten sie als „Spitzel, Denunziánten" usw. Infolgedessen war man in der Versammlung der Räte unserer Partei sich einig in dem Entschluß, ein für allemal die unfruchtbare Arbeit niederzulegen, da, wie die Erklärung der Genossen sagt, positive Resultate zum wirtschaftlichen Aufbau Verhandlungen der Vollversammlungen der Arbeiterräte und des Vollzugsrats nicht gezeigt haben, und sie auch in Zukunft auf Grund ihrer Zusammensetzung nicht zeitigen würden.

Danach ist manches verständlich.

Radikalismus ist jetzt Trumpf, auch in den Gewerkschaften und da vor allem in den Großstädten. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat jetzt einen Bericht über das verflossene Geschäftsjahr herausgegeben. Danach sind der Gewerkschaftskommission in 47 Gewerkschaften 349 156 Mitglieder angeschlossen. Unter den 349 156 Gewerkschaftsmitgliedern sind nur 65 351, die der Organisation länger als ein Jahr angehören. 288 805 Mitglieder oder 81 Prozent der Gesamtzahl sind noch nicht ein Jahr organisiert. Also vier Fünftel der Mitglieder sind Neulinge, die dem Gewerkschaftsleben innerlich noch fremd gegenüberstehen. Daraus erklärt es sich, daß gerade in Berlin die radikalen Worthelden und Verächter der praktischen Gewerkschaftsarbeit williges Gehör und eine ebenso willige Gefolgschaft finden, und daß die alten geschulten Gewerkschaftsmitglieder in dieser Umgebung einen schweren Stand haben. Im Metallarbeiterverband übersteigt die Fluktuation den allgemeinen Durchschnitt ganz erheblich: 99 200 Neuaufnahmen im Laufe des Jahres bei 97 878 Mitgliedern am Jahresschluß. Hier muß also der Anteil der neuen, ungeschulten Mitglieder an der Gesamtzahl größer sein als in anderen Gewerkschaften. Dafür feiert auch der politische Radikalismus bei den Berliner Metallarbeitern zurzeit die größten Triumphe.

Als die Unabhängigen noch Verantwortung hatten.

WTB. **Berlin**, 17. Juli. Von zuständiger Stelle wird dem WTB. mitgeteilt:

Im Hinblick auf die gegenwärtigen Lohnbewegungen dürfte es interessant sein, an eine Verfügung der preußischen Regierung vom 2. Januar 1919 zu erinnern, als die Vertreter der U. S. P. D. noch im preußischen Kabinett saßen. In dieser heißt es unter anderm:

„Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung angenommen, die das Schlimmste befürchten läßt und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, einem Anwachsen der Lohnausgaben über das Maß des Erträglichen hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten."

Im Anschluß daran ist auf die Ausführungen des unabhängigen Stadtverordneten Zubeil in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 12. Juli 1919 hinzuweisen, in der er erklärte, daß mit der grenzenlosen Bewilligung von Zulagen an einzelne Beamtenkategorien Schluß gemacht werden müsse.

England will Montag ratifizieren.

Amsterdam, den 17. Juli. WTB. drahtet: Daily Chronicle meldet, daß die britische Regierung das Unterhaus ersuchen wird, nächsten Montag das Gesetz betreffend die Ratifizierung des Friedensvertrages, wenn die Zeit es gestattet, in einer Sitzung in allen Lesungen zu verhandeln. Lloyd George wird anwesend sein und sich an der Diskussion beteiligen. Man erwartet keine Kritik an den beiden Gesetzentwürfen. Man nimmt an, daß nichts bezüglich einer Neubesetzung oder Veränderung des Ministeriums vor der Vertagung des Parlaments unternommen werde, da die Regierung beabsichtigt, die Parlamente von ungefähr Mitte August bis Mitte Oktober zu vertagen.

Lansing mit dem Friedensvertrag unzufrieden.

Haag, 16. Juli. Hollandsch Nieuwsbüro meldet aus New-York: Ein Sondertelegramm des New-York Tribüne aus Paris berichtet, daß Lansings Wunsch, als Staatssekretär zurückzutreten, dadurch veranlaßt wird, daß er sich über die Arbeit der Friedenskonferenz enttäuscht fühlt. Er stellt sich in dieser Hinsicht auf den gleichen Standpunkt wie General Smuts. Er ist weiterhin unzufrieden, daß Oberst House und Wilson wiederholt Entscheidungen getroffen haben, die der Entscheidung Lansings zugestanden hätten.

Wilson, der Senat und das „Abkommen".

Amsterdam, 17. Juli. Nach einer Meldung des Telegraaf hat der amerikanische Senat eine Entschließung angenommen, in der Wilson um Aufklärung ersucht wird über die Verhandlungen, die Lodge und andere Senatoren letzten Jahres zwischen Deutschland und Japan geführt haben sollen. Ein Teil der Senatoren betrachtet jetzt die Schantungfrage als den Schwerpunkt im Friedensvertrag. Der Senat hat vorgestern über diese Frage verhandelt.

Wiederaufnahme des Postdienstes mit Amerika.

WTB. Amsterdam, 17. Juli. Laut Pressebüro Radio hat der amerikanische Generalpostmeister die Wiederaufnahme des Postdienstes zwischen der Vereinigten Staaten und Deutschland angeordnet. Es wird jetzt Post nach allen Teilen Deutschlands unter denselben Bedingungen und Tarifen, wie für die anderen europäischen Länder, angenommen. Da bisher noch kein direkter Schiffsverkehr errichtet worden ist, wird die Post über Holland, Norwegen und Dänemark gesandt.

Die Uebergabe des Saarbeckens.

Versailles, 17. Juli. WTB. drahtet: Auf die deutsche Anregung die nötigen Vorbereitungen zur Uebergabe der Kohlengruben des Saarbeckens zu treffen, hat die französische Regierung heute mitgeteilt, daß sie einen Grubendirektor in Begleitung eines Finanzbeirates nach Saarbrücken entsenden wird, um dort am 23. d. Mts. mit den deutschen Beauftragten zusammenzutreffen um das Erforderliche zu vereinbaren. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die Frage erörtert werden, inwieweit die deutschen Bergbeamten übernommen werden sollen.

Heimtransport der Kriegsgefangenen.

Zürich, 16. Juli. In der Frage der Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich finden, wie der Vertreter der Frankf. Ztg. hört, in Bern Besprechungen von Vertretern Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz statt. Die Schweiz hat sich bereit erklärt, 300 000 deutsche Kriegsgefangene durch ihr Gebiet heimbefördern zu lassen. Es sollen täglich, mit Ausnahme der Sonntage, vier Züge gehen, und zwar nicht wie die Internierungszüge, nachts, sondern bei Tage, damit den Heimkehrenden schon durch die Reise selbst eine erste Erquickung geboten wird. Die Internierung der noch in der Schweiz befindlichen 3000 deutschen Gefangenen wird in einiger Zeit ihr Ende erreicht haben.

Großer Eisenbahnerstreik in England.

Amsterdam, 17. Juli. Telegraaf meldet aus London vom 16. Juli, daß infolge eines Streiks bei der größten englischen Eisenbahn-Gesellschaft, der North Eastern Eisenbahn, der Eisenbahnverkehr in Nord-England stillsteht. Die Leitung des Eisenbahnerverbandes ist heute von London nach New Castle abgereist, um einen Vermittelungsversuch zu machen.

Streikluft unter den englischen Bergarbeitern.

Amsterdam, 17. Juli. Wie Telegraaf aus London meldet, hat die Bergarbeiterkonferenz gestern den Antrag abgelehnt, der forderte, die Leitung der Konferenz zu ermächtigen, im Notfall ohne vorherige Abstimmung unter den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes den Streik auszurufen. Der Antrag zielte offenbar darauf ab, den Proteststreik vom 21. Juli zu ermöglichen. Heute wird die Konferenz über die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise und über das Angebot Bonar Laws im Unterhaus verhandeln.

Streik im New Yorker Hafen.

WTB. Amsterdam, 17. Juli. Wie das Pressebüro Radio meldet, liegen im Hafen von Newyork infolge des Streiks 1 500 000 Tonnen Schiffsraum müßig.

Achtstundentag in Holland.

Am letzten Freitag hat die holländische Kammer das Achtstunden-Gesetz angenommen; nur die Kommunisten stimmten dagegen. Der Minister wurde von allen Seiten beglückwünscht. Die sozialdemokratische Fraktion erhob sich und sang den Achtstunden-Marsch. Der Präsident schloß schnell die Sitzung, aber die Konservativen und Nationalliberalen blieben noch beisammen und antworteten mit der Nationalhymne.

44-Stundenwoche in der Schweiz.

Zürich, 16. Juli. (Schweizerische Depeschenagentur.) Die Delegiertenversammlung des schweizerischen Buchdruckervereins hat heute den Vermittelungsvorschlag des schweizerischen Volkswirtschafts-Departements auf Herabsetzung der Arbeitszeit der Maschinensetzer auf 44 Stunden pro Woche angenommen. Da auch der Typographenbund dem Vermittelungsvorschlag zugestimmt hat, dürfte die Arbeit im schweizerischen Buchdruckergewerbe sofort in vollem Umfange wieder aufgenommen werden.

Tritt Hänisch zurück?

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung" in Köln bringt folgende Privatmeldung aus Weimar:

In der sozialdemokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung macht sich auch gegen das letzte Weimarer Schulkompromiß starke Opposition bemerkbar. Kultusminister Hänisch hat der Fraktion seinen Ministerposten zur Verfügung gestellt. Hänisch erklärt, er könne die Sperrvorschriften in der Verfassung unter keinen Umständen mitmachen, da bis zum Erlaß eines Reichsschulgesetzes an den jetzigen Schulverhältnissen in den Ländern, soweit die Konfessionsschule in Betracht kommt, nichts geändert werden darf. Es wird versucht, Hänisch zum Bleiben im Amte zu bewegen.

Eine Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne.

WTB. Berlin, 17. Juli. Die Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne ist seitens des Staatsministeriums der Landesversammlung zugegangen und wird voraussichtlich noch vor der Vertagung zur Verhandlung kommen.

Neue Vorlage über die Betriebsräte.

Weimar, 16. Juli. Vom Reichswirtschaftsamt ist eine neue Vorlage über die Betriebsräte ausgearbeitet worden. Sie soll in der nächsten Woche der Nationalversammlung zugehen. Ministerpräsident Bauer wird diese Frage bereits in seiner Programmrede berühren.

Maßnahmen gegen die Steuerflucht.

Um die zum Zwecke der Steuerflucht ins Ausland gebrachten Kapitalien steuerlich zu erfassen, plant die Regierung, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ein Notgesetz, nach dem an einem bestimmten Tage die Stempelung aller Wertpapiere vorgenommen wird.

Ohne diesen Stempel verlieren sie ihren Geldwert.

Dadurch werden die Besitzer solcher ins Ausland gebrachten Kapitalien gezwungen, sie ins Inland zurückzuschaffen, wenn sie sich vor einer völligen Entwertung ihrer Papiere schützen wollen.

Kurze Notizen.

Offizielle Anerkennung der deutschen Republik durch England

Berlin, 17. Juli. Die Londoner „Daily Mail" meldet, daß die offizielle Anerkennung der neuen deutschen Staatsform in der Sitzung des englischen Kabinetts vom 14. Juli beschlossen worden ist.

Vorläufige Zurücknahme der Reichswehrtruppen aus Hamburg.

Hamburg, 16. Juli. Die Reichswehrtruppen verlassen am Sonnabend oder Sonntag die Stadt Hamburg. Die Truppen werden teils nach Bahrenfeld und Wandsbeck, teils nach Arensburg, wo auch der Divisionsstab Quartier nehmen wird, zurückgezogen. Zum Schutze Hamburgs bleibt eine aus 6000 Mann bestehende Militärpolizei zurück. Diese Maßregel ist durch das ruhige Verhalten der Hamburger Bevölkerung ermöglicht worden, geschieht aber nur probeweise.

Einen neuen Briefwechsel aus den Tagen vor Kriegsausbruch veröffentlichen mehrere Blätter, in dem einmal nachgewiesen werden soll, daß der Kaiser ein Friedensengel war.

Für den ermordeten Franzosen in Berlin fordern die Franzosen 100 000 Franken als Entschädigung für dessen Familie. Die Stadt Berlin soll außerdem eine Buße von einer Million Franken in Gold zahlen.

Von der Ermordung Clemenceaus sprachen gestern einige Blätter. W. T. B. dementiert heute diese Nachricht.

Die „Sieger". Das Reutersche Büro erfährt, es stehe endgültig fest, daß Foch an dem Siegeszug in London am Sonnabend teilnehmen werde.

100 000 Bergarbeiter von West-Yorkshire haben gestern abend infolge Abbruchs der Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die Arbeit niedergelegt.

WTB. **Amsterdam**, 17. Juli. „Times" meldet aus Toronto, daß nördlich des Manitopasses Goldadern entdeckt worden sind.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Ausgabe neuer Kohlenkarten.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 24. 4. 19 über die Kohlenversorgung für die Zeit vom 1. 5. 19 bis 30. 4. 20 wird folgendes bestimmt:

1. In der Zeit vom 21. 7. bis 24. 7. d. J. werden in den Markenausgabestellen des 1. bis 15. Bezirks und in der Zeit vom 25. 7. bis 2. 8. in den Ausgabestellen des 16. bis 30. Bezirks neue gelbrote Kohlenkarten ausgegeben und zwar zum Bezuge von 5 Zentner Kochkohle.

Jeder zu den genannten Bezirken gehörige Haushalt, mit Ausnahme der unter 2 genannten, erhält an dem für die Ausgabe der Marken allgemein festgesetzten Tage gegen Vorzeigen des Lebensmittelscheines eine gelbrote Karte über 5 Zentner Briketts zu Kochzwecken. Alle Kohlenhandlungen haben die anhängenden Abschnitte der bei ihnen abgegebenen Karten sofort nach Annahme mit Datum zu versehen, unterschrieben bezw. abgestempelt, abgezählt und alphabetisch geordnet der Ortskohlenstelle Montags einzureichen.

2. Haushaltungen, denen ein Bezugsschein für Briketts zum Abholen von der Grube verabfolgt worden ist, sowie Empfänger von Deputatkohlen sind zur Entnahme einer Kohlenkarte nicht berechtigt. Grubebesitzer haben anstelle der Kochkohle bereits Grudekokskarten erhalten.

3. Die Kohlenhändler dürfen die neuen Karten erst beliefern, wenn die grünen Karten (1. Ausgabe) beliefert sind. Die einzelnen Abschnitte werden noch besonders aufgerufen.

Lebensmittel-Kalender.

Verkauf von ausländischem Speck. — 125 Gramm. — Der Verkauf von amerikanischem Speck findet am Sonnabend, den abend, den 19. Juli 1919. Für jede Person eines Haushaltes Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen den amerikanischen Speck bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind. Das Fleisch wird gegen Abtrennung der Marke 6 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck) abgegeben. Diese Marke ist von den Fleischern abzutrennen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, I. Obergeschoß (Saal links) bis 22. d. M. einzureichen. Der Verkaufspreis beträgt für 125 Gramm 1,04 M.

Verkauf von Kunstspeisefett. Der Verkauf von Kunstspeisefett findet am Sonnabend, den 19. d. M. statt. Es werden 50 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer; die Verbraucher beziehen das Fett bei den Fleischern, bei denen sie zur Kundenliste angemeldet sind. Das Kunstspeisefett wird gegen Abtrennung der Marke 6 der Einfuhr-Zusatzkarte (Schmalz) abgegeben. Diese Marke ist von den Fleischern abzutrennen. Die Marken sind zu 100 Stück gebündelt in verschlossenem Umschlage, auf dem die Firma und die Zahl der Marken zu vermerken ist, bis zum 21. Juli an das Stadternährungsamt, I. Obergeschoß (Saal links) abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt für 50 Gramm Kunstspeisefett 52 Pfennig. — Gefäß ist mitzubringen. Krankenanstalten usw. erhalten das Fett auf Grund von Bezugsscheinen, die im Stadternährungsamt, Zimmer 12, ausgestellt werden.

Städtischer Verkauf von neuen Kartoffeln. Der Verkauf beginnt am Sonnabend, den 19. Juli 1919, in der Talamtschule. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—4000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ein Pfund Kartoffeln zum Preise von 20 Pf. abgegeben werden. Der Verkauf erfolgt gegen Vorlage des Lebensmittelscheines und der Ausweiskarte für Kartoffeleinkäufe auf den Abschnitt 55 der blauen Kartoffelkarte. Die Abgabe der Kartoffeln in der Talamtschule erfolgt nur solange, bis größere Zufuhren eintreffen.

Kartoffelwalzmehl. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Kartoffelwalzmehl wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Sonnabend, den 19. Juli 1919. Für jede Person eines Haushaltes können 150 Gramm abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 60 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern das Kartoffelwalzmehl einzukaufen, bei welchem sie zum Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 364 des Warenbezugsscheines M. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0003

widerhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Auslandseier (Dänische) die dem Magistrat durch Vermittlung des Oberpräsidenten vom preußischen Landesamt für Nährmittel zugewiesen worden sind, kommen am Sonnabend, den 19. d. M. und im Laufe der nächsten Tage durch die Eierverteilungsstelle, im Laden Talamtstraße 7, zum freihändigen Verkauf. Der Abgabepreis für den Verbraucher beträgt 1,25 Mark für das Stück nicht übersteigen. Einschlägige Geschäfte wollen sich wegen des Verkaufs von Eiern mit der Eierverteilungsstelle, Leipziger Straße 54 in Einvernehmen setzen.

Ausländisches Weizenmehl. Unter Bezugnahme auf Ziffer 5 unserer Anordnung vom 16. April 1919 über ausländisches Weizenmehl wird bestimmt: 1. Auf Nummer 10 der Marken für Auslandsmehl kann in der Zeit vom 21. Juli bis 30. Juli 1919 250 Gr. ausländisches Weizenmehl zum Preise von 40 Pf. oder die gleiche Menge inländisches 94 prozentiges Weizen- oder Roggenmehl zum üblichen Preise von 18 bezw. 16 Pf. bei den Mehlkleinhändlern entnommen werden. 2. Die Mehlkleinhändler (Mehlhändler, Bäcker, Konsumvereine) haben die eingenommenen Marken (Nummer 10) bis zum 2. August 1919 an die Brotmarken-Annahmestelle im roten Turm abzugeben.

Städtischer Verkauf von Zwieback und Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule, am Sonnabend, den 19. Juli 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69 001 bis 74 000 vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann auf jeden Abschnitt P der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren und auf jeden Abschnitt O der besonderen Warenbezugskarten für Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre ein Paket Zwieback zum Preise von 44 Pfennigen und ein Paket Gerstenmehl zum Preise von 40 Pfennigen abgegeben werden. Mit dem obengenannten Tage erlischt die Gültigkeit der Abschnitte P der besonderen Warenbezugskarte für Kinder bis zu 12 Jahren und der Abschnitte O der besonderen Warenbezugskarten für Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre. Bei dem Mangel an Kupfergeld ist unbedingt abgezähltes Geld bereit zu halten.

Grauen. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Sonnabend, den 19. und am Montag, den 21. Juli 1919, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Grauen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

10. Buttermarke.

Von Freitag mittag ab findet in sämtlichen Buttergeschäften gegen Abgabe der 10. Buttermarke Verkauf von Butter statt. Auf jede Marke werden 50 Gramm zu 45 Pfg. verabfolgt. Ablieferungstag der Marken am Dienstag den 22. Juli 1919.

Quartverkauf.

Von heute mittag 1 Uhr ab findet im nachstehenden Geschäft gegen Abgabe der 15. Margarinemarke Verkauf von Speisequark statt. Auf jede Marke werden 200 Gramm zum Preise von 44 Pfg. abgegeben: Konsum, Schillerstraße, Nr. 16 900—17 850. Die Abholung hat bis zum 19. 7 mittags 12 Uhr zu erfolgen.

Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

Städtischer Kirschenverkauf.

Sonnabend, den 19. Juli, gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 287 ein halbes Pfund Kirschen zum Preise von 40 Pfg. von morgens 8 Uhr an auf dem Marktplatze für die Inhaber der Lebensmittelstammkarten Nr. 1—6000.

Amtliche Bekanntmachungen für Bitterfeld.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 67 des Lebensmittelscheines kommt auf die Person ½ Pfund Kirschen zum Preise von 38 Pfg. zur Ausgabe. Nr. 56 ist hiermit verfallen.

Bitterfeld den 17. Juli 1919.

Der Magistrat. Richter.

Markenverfall.

Abschnitt 55—63 des Lebensmittelscheines verlieren mit Sonnabend ihre Gültigkeit. Die Geschäftsleute haben dieselben gebündelt bestimmt am Montag im Lebensmittelamt abzuliefern.

Bitterfeld, den 17. Juli 1919.

Der Magistrat. Richter.

Walhalla-
Operetten-Theater.
Ensemble-Gastspiel
Dir. Felix Meinhardt.
Der Operettenschlager:
Ihre Hoheit — die Tänzerin.
Musik v. Walter Götze.
Die Vorstellg. beginnt pünktlich 7½ Uhr.
Kasse v. 10-1½ u. 4-6.

Stadt-Theater
Sonntag, d. 20. Juli 19, nachmittags 3½ Uhr:
Volksvorstellung bei kleinen Preisen:
Die Haubenlerche.
Abds. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Die Rose von Stambul.

Soeben eingetroffen:
Das Erfurter Programm
von Kautsky.
Pr. 1.20 Mk.
Buchhandlung der „Volksstimme".

Hippodrom Wintergarten
Direktion: Georg Arndt.
Ausser dem erstklassigen Variété-Programm täglich
Damen-Ringkampf
Heute Freitag ringen:
Agnes Walter gegen Vera Jarnov
Hile Gurland gegen Grete Rauenstein
Helga Hohenfels gegen Emmi Winter
morgen Sonnabend ringen:
Hilga Hohenfels gegen Anna Elmal
Vera Jarnov gegen Hile Gurland
Agnes Walter geg. Grete Rauenstein
Täglich ab nachm. 4 Uhr
in dem schönen Winter-garten-Garten **Reitsport** Für Kinder bedeutend ermäßigte Preise.

U.T
Alte Promenade 11a.
Heute
Veritas vincit.
Erstaufführung.
Beginn 5 Uhr.

Dauer-Wäsche

Marke Waschbär ist die Beste,
Kragen in vielen Formen
Manschetten und Vorhemden am Lager.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Treppe rechts.

Ruckſäcke
in bestem impr. Leinenstoff preiswert abzugeben.
M. Steintorff,
Kruckenberastr. 3.

Apollo-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Operette v. Joh. Strauß.
Pepi Emmy Sturm a. G.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Buchhandlung der Volksstimme
Soeben wieder eingetroffen:
Die Stimme aus dem Grabe
von Jean Jaurés
deutscher und fran
in zoläscher Sprache.
Preis 1.50 Mk.

In Halle (Saale), Leipzigerstr. 5 II, habe ich eine 5242
Röntgen-Anstalt
für Haut- u. Tiefen-Bestrahlungen, Durchleuchtungen und Aufnahmen eingerichtet.
Sprechstunden 4—6 Uhr. Fernruf 5075 und 3125 (Wohnung)
Dr. med. Hermann Kuhn.

Delitzsch, S. P. D.
Sonntag, d. 20. Juli, vormittags 9 Uhr: **Versammlung**
im Parteilokal „Deutsches Haus". 531

Fahrplanänderung.
Von Sonntag, den 20. d. Mts. ab wird der Zug 38 Halle (bisher ab 1285) — Weißenfels — Zeitz — Saalfeld zur Herstellung des Anschlusses vom Zuge D 40 von Berlin zwischen Halle und Weißenfels wie folgt verlegt:
Halle ab 102, Ammendorf ab 111, Merseburg ab 1[illegible] Leuna ab 131, Corbetha ab 141, Weißenfels an 152
Halle (Saale) im Juli 1919.
Eisenbahndirektion.

Fahrplanänderung.
Von Montag, den 21. d. M., ab fällt der Zug [illegible] Bitterfeld ab 9.32 — Halle (an 10.13) wegen ungenügender Besetzung fort.
Halle (Saale), im Juli 1919.
Eisenbahndirektion.

Stellen finden.

Tücht. Großstückschneider
bei hohem Lohn per sofort gesucht
G. Assmann,
Gr. Ulrichstrasse 49.

Tüchtiger, selbständiger
Kesselschmied
desgleichen
Stemmer
sofort für dauernde Arbeit gesucht. Wohnung mit Gartenland vorhanden. 5316
Bühring, Aktiengesellschaft, Maschinenfabrik,
Landsberg, Bez. Halle.

Suche sofort für dauernde Beschäftigung einen 5317
tüchtigen Hobler.
Fr. Reckmann, Delitzscherstraße 6.

Stadt-Theater.
Sonnabend, den 19. Juli 1919,
Anfang 6 Uhr, Ende 10½ Uhr:
Der Ring des Nibelungen.
2. Tag:
Siegfried
von Richard Wagner.
Gäste:
Kapellmeister Fritz Reiner, Dresden.
Friedrich Plaschke, Kammersänger, Dresden.
Fritz Vogelstrom, Kammersänger, Dresden.
Georg Zoltmayr, Kammersänger, Dresden.
Ernst Possony, Leipzig.
Eugen Albert, Leipzig.
Zdenka Faßbender-Motti, Kammersängerin, München.
Frieda Schreiber, Kammersängerin, Leipzig.
Dienstag: Anfang 6 Uhr: Götterdämmerung.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene
Grammophon-Platten
jeder Art, sowie
Phonograph.-Walzen
kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig,
Uhren u. Musikwerke,
Unt. Leipziger Str.

Rock-Hosen-Tag- **Schneider** sucht
Ernst Ruffes,
MERSEBURG.

U.T
Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.
Die Note mit dem Silberkreuz
Sensationelle Schilderungen aus dem Leben eines Erfinders. Drama in 4 Akten.
Vorführung 5.00, 7.10, 9.30.
Hilde Wörner
in dem reizendem Lustspiel (4 Akte):
Ein Mädchen aus guter Familie.
Beginn 4 Uhr.

Bettstellen — Matratzen
für Erwachsene und Kinder in den verschiedensten Ausführungen zu bekannt billigsten Preisen.
— Nur allerbestes Fabrikat. —
Bettfedern in allen Preislagen. Füllkräftige Qualitäten.
Alex Michel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0004

Deutsche Nationalversammlung.

Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Verfassung.

WTB. **Weimar**, 17. Juli. 59. Sitzung. Am Regierungstisch: Dr. Preuß, Giesberts, Schulz, Mayer.

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung nach 9¼ Uhr damit, daß er auf die Geschäftsordnungs-Bestimmung hinweist, daß das Lesen schriftlich abgefaßter Reden nur denjenigen Mitgliedern gestattet sei, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien. (Heiterkeit.) Die freie Rede werde zur Verkürzung der Verhandlungen beitragen. (Heiterkeit.)

Die Beratung des Verfassungsentwurfs

wird mit der Abstimmung über die Artikel 118/119 fortgesetzt. In bezug auf die Ehe wird nach dem Antrag der Demokratischen Partei beschlossen: Die Ehe steht unter dem Schutz der Verfassung. Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates. (Die Vorlage sagte über die Mutterschaft nichts.)

In bezug auf die unehelichen Kinder wird der Antrag der Unabhängigen, wonach das uneheliche Kind den Namen des Vaters tragen soll, abgelehnt, dagegen der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Verkehr als Frau bezeichnet zu werden, durch Auszählung mit 138 gegen 133 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Sozialdemokraten Frau Juchacz und Genossen, wonach die unehelichen Kinder ein Recht auf den Namen des Vaters haben und den ehelichen Kindern rechtlich gleichstehen sollen, wird in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 126 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag derselben Abgeordneten, wonach das uneheliche Kind das gleiche Recht auf Unterhalt, Erziehung und Erbe an Vater und Mutter wie die ehelichen Kinder hat, wird abgelehnt. Angenommen wird dagegen der Antrag der Demokraten:

Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wird die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgender Fassung angenommen: Die Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge.

Ferner wird die vom Ausschuß beantragte Entschließung angenommen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem beschlossenen Sinne neu regelt. Die übrigen Anträge werden abgelehnt.

Artikel 120 bestimmt: Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Nach kurzer Debatte wird Artikel 120 mit Abänderungen nach einem Antrage von Frau Agnes und Genossen (U. S.), daß Staat und Gemeinden nicht die Länder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen.

Artikel 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung und besonderer Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln, nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwartenden Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht werden. Ein Antrag Frau Agnes und Genossen (U. S.) beantragt, den letzten Satz zu streichen.

Reichskommissar Dr. **Preuß**: Man soll bedenken, wie alle Befugnisse, so können auch politische Rechte mißbraucht werden. Eine Gefahr für die politische Freiheit entsteht nicht, wenn diese Beschränkung des Versammlungsrechts angenommen würde.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Die Artikel 122 bis 127 werden nach der Vorlage bezw. in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Artikel 127 regelt die Anstellung der Beamten.

Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten, Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und Vereinigungsfreiheit gewährleistet werde. Dazu liegen außer Anträgen, die die getroffenen Bestimmungen teilweise schärfer fassen, ein Antrag Frau Juchacz vor; alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.

Ein Antrag **Burlage** (Ztr.) will Artikel 128a folgendermaßen fassen: Verletzt ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt, die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortung grundsätzlich das Reich, die Länder, die Gemeinden oder anderen Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Rückgriff gegen die Beamten bleibt vorbehalten.

Abg. **Delius** (Dem.): Die Beamten werden sehen, daß die Nationalversammlung sich ihrer annimmt, da wir ihren Rechten nicht weniger als drei Artikel widmen.

Abg. **Steinkopf** (Soz.): Grundsätzlich wollen wir

die Rechte der Beamten,

soweit als möglich, feststellen. Die Regelung bleibt im einzelnen aber dem Gesetz überlassen.

Reichskommissar **Dr. Preuß**: Das Beamtenrecht ist in die Verfassung aufgenommen worden, weil damals abenteuerliche Gerüchte umhergingen, daß die Berufsbeamtenschaft beseitigt und alle Beamten auf Kündigung angestellt werden sollen. Alle Einzelbestimmungen gehören aber in das Beamtengesetz hinein. Deshalb erscheinen mir weitere Anträge zu den einzelnen Bestimmungen entbehrlich. Die Anwendung der Vorlage.

Abg. **Dr. Cohn** (U. S.) begründet einen Antrag seiner Partei auf Beamtenwahl.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Cohn.

die Beamten durch Wahl zu berufen,

abgelehnt. Außer anderen mehr formalen Aenderungen wird der Antrag Juchacz, die Ausnahmebestimmungen für weibliche Beamte zu beseitigen, angenommen. Desgleichen die Bestimmungen, daß den Beamten die Einsicht in ihren Personalnachweis zu gewähren ist.

Artikel 128a wird in der Fassung des Antrages Burlage angenommen.

Eine Entschließung des Ausschusses, die Rechte der Reichsbeamten gesetzlich zu regeln, wird angenommen.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt, und zwar mit dem dritten Abschnitt, der Grundrechte.

Religion und Religionsgesellschaften.

Abg. **Dr. Mausbach** (Ztr.) berichtet eingehend über die Beratungen des Ausschusses.

Auf Antrag des Abg. **Koch** (Dem.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt, Artikel 132—138, zusammengefaßt.

Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit 132, die Freiheit der Religionsübung 133, die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften 134, die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften 135, den Schutz der Sonn- und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe 136, die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Wehrmach 137, und die Zwangslosigkeit bei der Vornahme religiöser Handlungen 138.

Zu dem Art. 134 beantragen die Unabhängigen die staatsrechtliche und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche, zum Glaubensartikel die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden könne, zum Artikel 135 verlangt ein Antrag Heinze und Genossen (D. Vpt.) die Ablösung der auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen.

Abg. **Dr. Kahl** (D. Vpt.) begründet den Antrag seiner Partei, daß nicht nur die auf Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel, sondern auch die auf Herkommen beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch Landesgesetzgebung abgelöst werden.

Abg. **Quard** (Soz.) bedauert, daß es den Sozialdemokraten infolge der Gegnerschaft sämtlicher bürgerlichen Parteien nicht gelungen ist, die staatliche Glaubensherrschaft durch eine innerliche Glaubensgemeinschaft abzulösen. Wir bedauern das Steckenbleiben der Trennungsarbeit. (Beifall.)

Abg. **Dr. Naumann** (Dem.): Für die evangelische Kirche bedeutet diese Fassung eine neue Zeit, die unmittelbar an das Geburtsjahr der lutherischen Reformation anknüpft, nämlich Loslösung und Befreiung des religiösen Lebens. Der neue innerkirchliche und religiöse Partikularismus bringt neues Leben, aber auch neue Arbeit. Dieses neue Leben braucht keine Vorrechte für die Kirche. Wir müssen den Religionsgesellschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften geben. Das muß auch von den kleinen Religionsgemeinschaften und Sekten gelten.

Abg. **Leidt** (Dn.): Die Abschaffung der Staatskirche ist ein weltgeschichtliches Ereignis: ob aber auch ein freudiges, bleibt eine Frage. Sie schafft ganz neues Recht mit unübersehbarer Tragweite. Trotz der wenigen Ausnahmen, die angeführt werden können, hatten die Geistlichen Meinungsfreiheit, wie kein anderer Stand.

Abg. **Kunert** (U. S.): Wir verlangen, daß die Trennung von Kirche und Staat restlos durchgeführt wird.

In der Abstimmung wird auf Antrag Kahl in Artikel 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gedankenfreiheit aber ausgelassen.

Der Antrag der Unabhängigen

auf vollständige Trennung von Staat und Kirche

wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechtes bleiben, soweit sie solche bisher waren, und (gemäß dem Antrage Koch, Dem.; Naumann, Dem.) anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

Mit geringer Mehrheit wird der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnittes unter Ablehnung aller anderen Anträge gemäß den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Gegen ½8 Uhr vertagt das Haus die weitere Beratung auf Freitag, 9½ Uhr: außerdem Anträge und Interpellationen über den Landarbeiterstreik.

Für die großen politischen Debatten

in Weimar sind vom nächsten Montag ab, wie berichtet wird, drei Tage in Aussicht genommen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 18. Juli 1919.

Volkstümliche Bildungskurse hallischer Hochschullehrer veranstaltet vom Sozialdemokr. Verein Halle-Saalkreis (Alte Partei.)

Heute, Freitag, abend findet von dem Bildungskursus **„Wirtschaft, Kunst und Weltanschauung im kapitalistischen Zeitalter"** der zweite Vortrag (sechster Abend) des Herrn Prof. Menzer über

„Das Zeitalter der Aufklärung"

im Auditorium Nr. 9 der Universität statt. Anfang 8½ Uhr.

Eine Volkszählung am 5. Oktober 1919.

Der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung stimmte dem Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Volkszählung am 5. Oktober 1919 zu. Der Ausschuß ersuchte die Regierung, auch die Altersgliederung bei der Zählung zu berücksichtigen.

* **Bildungskursus der sozialistischen Studenten.** Der Kursus findet von nun an im Zeichensaal der alten Volksschule in der Promenade statt. Nächster Abend Sonnabend 8 Uhr.

* **Der städtische Haushaltausschuß** hielt am Donnerstag eine wichtige Sitzung ab. Erster Punkt der Tagesordnung war: Gehaltsregulierung für den Leiter der städtischen Rechtsauskunftsstelle. Der Magistrat hat als solchen Genossen Arbeitersekretär Kleeis gewählt. In einer Eingabe hat dieser gebeten, ihn mit Rücksicht auf sein Alter und seine fast dreißigjährige Tätigkeit in ähnlichen Stellungen in eine höhere Gehaltsklasse zu setzen. Der Magistrat hat dem teilweise entsprochen. Aus der Mitte des Haushaltausschusses wurde der Antrag gestellt, dem Wunsche weitergehend zu entsprechen. Die „lieben Freunde" von links, die Unabhängigen, stimmten aber „pflichtmäßig" dagegen, so daß der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. (Noch am Tage zuvor versteht der „unabhängige" Vorsitzende des Verbandes der Büroangestellten im Gewerkschaftskartell den Standpunkt, es gebe überhaupt keine übertriebenen Lohnforderungen!) Sie sind anscheinend nur dann nicht übertrieben, wenn sie von Unabhängigen gestellt werden. Gegenüber anderen Menschen zeigen sie nur blinden Parteihaß. Die Ausführung eines neuen Wasserdruckrohres von Wesen nach Halle, die schon vor einigen Jahren in Angriff genommen wurde, soll fortgesetzt werden. Es werden abermals 336 000 M. nachgefordert. Sie werden bewilligt, da die Leitung, die von der Pumpstation Beesen nach der Turmstraße in Halle führen soll, dringlich ist. — Sodann wurde die Beratung des Haushaltplanes fortgesetzt. Sie ging rasch von statten. Zu einer längeren Aussprache kommt es beim Kapitel Staats- und Provinzialangelegenheiten. Auf eine Anfrage, ob die städtischen Büros für Militärwesen nicht bald aufzulösen würden, erwiderte der Oberbürgermeister, daß davon jetzt keine Rede sein könne. Sind doch noch viele Militärangelegenheiten, deren Ursprung zurückliegt, zu erledigen. Auch wird das Heer, wenn auch in beschränktem Umfange, weiterbestehen. Augenblicklich sind die Büros noch in vollem Betriebe. — Beim Kapitel Gewerbe- und Kaufmannsgericht kommt man auf die Vergütungen der Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu sprechen, die zu niedrig sind. Eine Erhöhung bedingt aber eine Aenderung des Ortsstatuts des Gerichts. Da die Zahl der Beisitzer ohnehin sehr zusammengeschmolzen und nächstens Neuwahlen stattfinden, wird die Angelegenheit vertagt. — Beim Kapitel Nahrungsmittel-Untersuchungsamt wird auch die Milchuntersuchung besprochen. Es wurden viele Klagen über zunehmende Milchpantscherei laut. Es soll mit strengeren Maßnahmen gegen Verstöße vorgegangen werden. — Beim Kapitel Stadtbad, das keine Zuschüsse erfordert, wird über die unbegründeten Beschwerden über die Beschaffenheit des Wassers gesprochen. Der Andrang zur Benutzung des Bades werde immer stärker. Eine Anregung, die irisch-römischen Bäder abzuschaffen, um die freiwerdenden Zellen intensiver benutzen zu können, wird abgelehnt. Beim Kapitel Freibäder wird die Errichtung eines Bades im Norden, möglichst in der Gestalt eines Familienbades gefordert. — Die „sonstigen Aufwendungen für das Gesundheitswesen" geben auch zu Erörterungen Anlaß. Alle Kapitel werden bewilligt.

* **Der städtische Haushaltplan.** Armen- und Fürsorgewesen. Dieses nimmt einen beträchtlichen Abschnitt im neuen Etat ein. Die Stadt wirft hierfür 1 217 000 Mark aus, was eine Mehrausgabe von über 85 000 Mk gegen das Vorjahr bedeutet. Den Einnahmen von insgesamt 240 000 Mk die sich aus Beiträgen von Armenverbänden (80 000 Mk), Nachlässen, Verpflegungsgebühren in den Kliniken u. a. zusammensetzen stehen fast 1½ Millionen Mark Ausgaben gegenüber. Darunter werden 72 500 Mk. Gehälter gezahlt, 100 000 Mk. Kurkosten an die Kliniken, 556 000 Mark allein in offener Armenpflege sollen als Unterstützungen gezahlt werden. Für Gebrechliche (Taubstumme, Schwachsinnige usw.) sind 53 000 Mk. vorgesehen. Für Unterbringung von Kindern bei Privaten 110 000 Mk. (1 Mk. wird für Tag und Kopf gezahlt!) Es ist nur zu wünschen, daß die nächsten Jahre ein Fallen dieser Ausgaben bringen, bedingt durch ein Sinken der hinter all den Zahlen hervorblickenden Not, von der ein gut Teil nur halbwegs gelindert werden kann.

* **Das Gewerkschaftskartell** hielt am 16. Juli eine Versammlung im Volkspark ab. Zunächst wurde der neue Arbeitersekretär Lemke vorgestellt. Hinsichtlich des Gehalts des neuen Sekretärs erläuterte Bowitzky, man habe sich dahin geeinigt, daß er das erhalten solle, was die Sekretäre der unabhängigen Partei bekommen, nämlich 550 M im Monat. Es wird dem bekanntlich zugestimmt. Vom Arbeitersekretär Kleeis wird das Gesuch vorgetragen, ihm vom 1. Januar 1919 an dasselbe Gehalt zu zahlen, das sein Stellennachfolger erhält. Er habe bislang ebenfalls weniger bezogen als dieser und mit Rücksicht auf die beschränkten Geldmittel des Kartells und weil er hoffte, nach Beendigung des Krieges eine ansehnliche Aufbesserung zu erhalten, nachdrückliche Mehrforderungen unterlassen. Er sähe eine Unbilligkeit darin, ihn nicht entsprechend zu entschädigen. In der Aussprache wird allgemein anerkannt, daß Kleeis ein viel zu geringes Gehalt bezogen hat. Er habe aber den Fehler begangen, nicht schon früher höhere Ansprüche zu stellen. Sogar ein Vertreter des Verbandes der Büroangestellten, ein Krankenkassenangestellter (!), sprach gegen den Wunsch des Genossen Kleeis. Es wird beschlossen, vom 1 April 1919 an dasselbe Gehalt zu zahlen, wie Lemke erhält. — Im Demobilmachungsausschuß ist durch den Fortzug des Genossen Max Schnabel eine Lücke eingetreten. Es wird Holzarbeiter Winkler gewählt. — Auch im Schlichtungsausschuß sind eine Anzahl Beisitzer ausgeschieden. Man beschließt, eine Neubesetzung anzustreben. Ein Schreiben der Zentrale für Heimatsdienst wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt — Metallarbeiter Hopf beantragt, daß Gewerkschaftsvertreter wieder an den Berufsberatungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge teilnehmen. Zu dem Zwecke sollen die Gewerkschaften Fachbeisitzer mit Stellvertreter benennen. Es soll versucht werden, eine Entschädigung der Berater von der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu erlangen, wenn das nicht gelingt, soll das Kartell eine Entschädigung zahlen. Die Barbiergehilfen wollen eine Lohnbewegung einleiten und bitten um die Unterstützung durch die anderen Gewerkschaften. — Es wird sodann über die Anstellung eines weiteren Arbeitersekretärs gesprochen. Sie wird als notwendig bezeichnet. Es wird vom Metallarbeiter Banse vorgeschlagen, den Kartellvorsitzenden Bowitzky als Sekretär zu wählen. Es entspinnt sich eine lange Aussprache hierüber, die mit dem Beschlusse endigt, die Stelle im Volksblatt auszuschreiben. Die Gewerkschaften sollen inzwischen zu der Sache Stellung nehmen. — Nächsten Montag soll durch Arbeitsruhe demonstriert werden. Diejenigen Arbeiter und Angestellten, die für diesen Tag ihren Arbeitsverdienst fortgezahlt erhalten, sollen diesen ablisten. Das sei moralische Verpflichtung. Soweit in den Betrieben ein Einfluß besteht, soll dafür gesorgt werden, daß die Arbeit ruht. — Ueber die Jugendbewegung wird mitgeteilt, daß sie in ein kommunistisches Fahrwasser geraten sei. Deshalb habe auch schon die U. S. P. beschlossen, ihr die Sachen des früheren Jugendheims nicht auszuliefern. Es werden der Freien Jugend bestimmte „Richtlinien" vorgelegt, von deren Einholung es abhängt, ob das Kartell seine Unterstützung zusagt. Dazu gehört u. a., daß die Jugend erklären soll, den Beschlüssen der U. S. P. nicht entgegen zu arbeiten, daß sie nicht mehr mit den Kommunisten zusammengehen will usw. Stimmt sie alledem zu, so soll sie auch die Utensilien des Kartells vom Jugendheim her erhalten. Im übrigen wird den jungen Leuten empfohlen, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen.

* **Erhöhte Fettportion.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung, wonach die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Verbrauchsmenge an Speisefetten bis auf weiteres für die Woche 100 Gramm für Selbstversorger wie Versorgungsberechtigte beträgt, wovon nicht mehr als 50 Gramm in Butter ausgegeben werden dürfen.

* **Schutz vor gefälschten Nahrungsmitteln.** Man schreibt uns: Die Unterzeichnung des Friedensvertrages und die Aufhebung der Blockade sollen uns jetzt wieder in den Vollgenuß langentbehrter Nahrungs und Genußmittel bringen. Gewissenlose Schieber und Betrüger benutzen den Augenblick, schleunigst noch ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen und nutzen die erhöhte Kauflust des ausgehungerten Volkes zu ihrem Vorteil aus. In der Verfälschung der verschiedenen Nahrungs- und Genußmittel wird Unglaubliches geleistet. So sind in den letzten Tagen verschiedene Fleischer hineingefallen mit dem Bezug von Schmalz, bei näherem Besehen ihrer Sendungen mußten sie entdecken, daß die Tonnen nur obenauf mit einer 2—3 fingerdicken Schicht Schmalz, im Uebrigen aber mit Gips und Kreide gefüllt waren. Mehl und Grütze waren mit Kreide oder feinem Sägemehl vermischt. Schmapstabak enthält 60 Proz. Sand, Kautabak bestand aus ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0005

färbten Rüben- und Kohlblättern. Auch mit Rauchtabak und vor allen Dingen mit den Fleisch- und Wurstkonserven wird viel Schwindel getrieben. Die Milchfälschunger sind — wie die Veröffentlichungen des städtischen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes zeigen — an der Tagesordnung. Beim Einkauf der Nahrungs- und Genußmittel ist die größte Sorgfalt geboten, das Publikum schützt sich selbst am besten, wenn es nicht blindlings darauf loskauft, sondern sich die Waren beim Einkauf genau ansieht. Glaubt es sich betrogen, so wendet es sich am besten an die öffentlichen chemischen Untersuchungsämter oder an das städtische Nahrungsmitteluntersuchungsamt der Polizeiverwaltung.

* **Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt Juni 1919.** Die Erwerbslosigkeit erfuhr im Berichtsmonat einen weiteren Rückgang. Im Regierungsbezirk Magdeburg betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen am 25. Juni 3494 gegen 3674 am 27. Mai, im Regierungsbezirk Merseburg 186 gegen 422, im Regierungsbezirk Erfurt 1468 gegen 2044 in Anhalt 63 gegen 66. Von einer nennenswerten Erwerbslosigkeit kann jetzt nur noch in den Großstädten Magdeburg und Erfurt und in Halberstadt, Eilenburg, Mühlhausen und Suhl geredet werden. Der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften konnte zu einem erheblichen Teile gedeckt werden, so daß die Nachfrage gegen Ende des Monates zurückging. Die Zuführung von einheimischen Wanderarbeitern aus dem Rheinland, dem Freistaat Sachsen und anderen Ueberschußgebieten wurde mit gutem Erfolge fortgesetzt; der dabei unvermeidliche Ausfall durch Rückwanderung hält sich in durchaus erträglichen Grenzen. Die Spargelernte ist beendet, die dabei beschädigten Arbeitskräfte kehren meist in die Heimat zurück. Zum Rübenverziehen werden vielerorts Schulkinder beschäftigt. Bedarf besteht nur noch an Frauen für die Saisonarbeit. — Soweit die Unterkunftsverhältnisse es zulassen, wird der Arbeiterbedarf der Kohlengruben und Kaliwerke laufend gedeckt. Aus dem Mansfeldeschen werden Bergarbeiter nach den Erzgruben im Harz und im Hannoverschen vermittelt. In der Metallindustrie treten trotz teilweiser Besserung der Arbeitsmarktlagen immer wieder Betriebseinschränkungen und Arbeitszeitverkürzungen infolge von Kohlen- und Rohstoffmangel ein. Der Streik in der Magdeburger Metallindustrie wurde nach mehrwöchentlicher Dauer beendet. — Bei den Betrieben der Holzverarbeitung übersteigt die Nachfrage nach gelernten Arbeitskräften noch immer erheblich das Angebot. — Die Textilindustrie hat noch immer unter der mangelnden Zufuhr an Kohlen und Rohstoffen zu leiden ebenso auch die Handschuhfabriken in Halberstadt und die Kürschnereien in Weißenfels. Die Schuhindustrie stand im Zeichen der den Arbeitnehmern zugestandenen Ferien. — In der Zuckerindustrie kam es in mehreren Fabriken zu Lohnbewegungen, die indes durchweg durch Nachgeben der Betriebe beigelegt wurden. Die Lage in der Tabakindustrie verschlechtert sich immer mehr. — Das Baugewerbe ist jetzt überall voll beschäftigt, so daß an manchen Orten ein Mangel an Bauarbeitern auftritt, so z. B. in Zeitz, Bitterfeld und Bernburg. — Auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt hat sich die Arbeitslosigkeit der männlichen Angestellten infolge Durchführung der Verordnung über Freimachung von Arbeitsplätzen etwas gebessert; eine besonders große Nachfrage besteht nach jüngeren weiblichen Angestellten, während älteren vielfach gekündigt wurde. Die Arbeitslosigkeit unter den Kellnern ist noch immer nicht behoben, in Magdeburg wird eine gewisse Abhilfe durch Vermittlung von Sonntagsstellen geschaffen. Auf dem Markte der Hausangestellten steht noch immer eine außerordentliche starke Nachfrage einem fast völligen Mangel an Angeboten gegenüber.

* **Der Trennungsstrich zwischen Kommunisten und Unabhängigen.** Wie hier in unserem Bezirk, so ist der Kampf zwischen den beiden „revolutionärsten" Parteien in ganz Deutschland entbrannt. In Braunschweig fand kürzlich eine große öffentliche Versammlung statt, in der, der hier in Halle bekannte Kommunist Schönlank nach einer großen Redeschlacht Triumphe über die Unabhängigen feierte. Scharfe unerbittliche Fehde sagte er der U. S. P. an, indem er u. a. ausführte, es müsse ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden zwischen den Kommunisten und den Unabhängigen, namentlich seitdem die letzteren für die Unterzeichnung des Friedens eingetreten seien. Das sei ein Verrat an dem Proletariat, das dem Weltkapitalismus auf Gnade und Ungnade ausgeliefert worden sei. Der Führer der Unabhängigen Haase sei um kein Deut besser als Noske und Scheidemann, mit solchen Brüdern sei nichts anzufangen. Die einzige Hoffnung sei, daß die Arbeiter auch ohne „solche Führer" ihren Weg gehen würden. Da man in dergleichen Versammlungen der „revolutionären" Arbeiter jetzt nur noch darauf wartet, daß die Unabhängigen ihre Prügel bekommen, hatte Herr Schönlank natürlich den lebhaftesten Beifall und der Vertreter der Unabhängigen hatte einen schweren Stand. Die stürmisch verlaufene Versammlung mußte vertagt werden. Es war also dort wie überall. Die Kommunisten stören in den Wespennestern der unabhängigen Hochburgen herum und die von den wackeren U. S.-Leuten so schon geschürten Revolutionsfeuerchen, die den Geist weiter Arbeiterkreise verwirrt haben, fachen dann jedesmal zu hellen Flammen empor, und die unabhängigen Drahtzieher werden oft ganz empfindlich verbrannt. So ist es in Braunschweig, in Halle und überall im Reich. Mögen die irregeleiteten Arbeiter bald erkennen, daß alle diese Amokläufer der deutschen Arbeiterbewegung ungeheuren Schaden angetan haben und aus dieser Erkenntnis den Weg wieder zurückfinden zu praktischer sozialistischer Arbeit.

* **Einen Vortragszyklus für Arbeiter,** so schreibt man uns, veranstaltet die Sektion Halle der Liga zum Schutze der deutschen Kultur. Herr Universitätsprofessor Dr. Joerges-Halle wird in diesen Vorträgen sprechen über: 1. Die Klassenbildung in Vergangenheit und Gegenwart. 2. Recht und Gerechtigkeit im Leben der Menschen und Völker. 3. Die sozialistische Wirtschaftsauffassung. 4. Die demokratische Staatsform. 5. Der Kommunismus. Den Teilnehmern an dem Kursus, der kostenfrei ist, ist Gelegenheit zu freier Aussprache gegeben. Die Vorträge beginnen am kommenden Freitag abend 8 Uhr im Vereinshause „St. Nikolaus" in der Nikolaistraße. Anmeldungen können bis dahin im Sekretariat der Liga, Leipziger Straße 5, vorgenommen werden.

* **Der Polizeibeamtenverein der Provinz Sachsen** hielt am 13. d. M. in „St. Nikolaus" seine Hauptversammlung ab. Dem Verein sind ungefähr 1000 Mitglieder angeschlossen. Es wurde die Einrichtung von Polizeischulen und bessere Besoldung der Beamten gefordert.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Die Pächter des Bundesackers „Beesener Exerzierplatz" ersuchen wir infolge des Beschlusses der Pächterversammlung vom 27. 6. um Nachzahlung von je M 0,50 Wächtergeld auf der Geschäftsstelle des Bundes Magdeburger Straße 2, I.

Fahrplanänderungen werden im amtlichen Teile der vorliegenden Ausgabe von der Eisenbahndirektion Halle bekannt gemacht.

Stadttheater. Heute Freitag, abends 7½ Uhr wird „Alt-Heidelberg" wiederholt. Sonnabend „Der Ring des Nibelungen" 2. Tag „Siegfried". Beginn pünktlich 6 Uhr. Musikalische Leitung Kapellmeister Fritz Reiner vom Landestheater Dresden, Siegfried: Kammersänger Fritz Vogelstrom, Dresden, Wanderer: Kammersänger Friedrich Plaschke, Dresden, Fafner: Kammersänger Georg Zottmayr, Drsden, Alberich: Ernst Possony, Leipzig, Mime: Eugen Albert, Leipzig, Brünnhilde: Kammersängerin Zdenka Faßbender-Mottl, München, Erda: Kammersängerin Frieda Schreiber, Leipzig. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen: „Die Haubenlerche", Schauspiel von Wildenbruch, abends 7½ Uhr: „Die Rose von Stambul". Wegen Vorbereitung zur Aufführung der „Götterdämmerung" findet am Montag, den 21. keine Vorstellung statt. Dienstag „Der Ring des Nibleungen", letzter Tag „Götterdämmerung". Musikalische Leitung: Fritz Reiner vom Landestheater Dresden, Siegfried: Kammersänger Fritz Vogelstrom, Dresden, Gunther: Kammersänger Friedrich Plaschke, Dresden, Hagen: Kammersänger Georg Zottmayr, Dresden, Alberich Ernst Possony, Leipzig, Brünnhilde: Kammersängerin Zdenka Faßbender-Mottl, München, Gutrune: Lilly Hafgren-Waag, Berlin, Waltraute: Kammersängerin Frieda Schreiber, Leipzig.

Johann Strauß Walzer-Operette „Wiener Blut" bringt wie uns geschrieben wird, dem Apollo-Theater täglich ausverkaufte Häuser. Emmy Sturm, Hertha Janowitz, Josef Wallbrück und Heinz Virneburg sind die Lieblinge des Publikums, die allabendlich stürmisch beklatscht und zu immer neuen Wiederholungen veranlaßt werden. Die Direktion macht besonders darauf aufmerksam, daß gute Plätze nur bei rechtzeitiger Bestellung, am besten ein bis zwei Tage vorher, zu haben sind. Am Sonntag ist der Vorverkauf den ganzen Tag über geöffnet.

Aus der Provinz.

Unabhängige „Siege"!

Aus der Provinz wird uns geschrieben: Die in letzter Zeit durch das „Volksblatt" verbreiteten wie auch gelegentlich in Versammlungen hingeworfenen Bemerkungen über „sieghafte Uebertritte" von Rechtssozialisten zur U. S. P. lassen es angezeigt erscheinen, einmal hinter die Kulissen der U. S. P. zu leuchten! Solches Tun geschieht nicht in perfider Absicht, sondern soll lediglich den Zweck verfolgen, den Gedankengang der „Volksblatt"-Redakteure auf das rechte Maß zurückzuführen. Ein längeres Schweigen könnte schließlich den Verdacht aufkeimen lassen, als hätten wir die Lust am politischen Kampf verloren. In den Geruch eines „maledetto Diavolo" werden wir hoffentlich nicht gleich geraten, wie überhaupt die Schuld dafür, daß solches im Bruderkampf geschehen muß, lediglich das Konto des „Volksblattes" infolge seiner „eigenartigen" Schreibweise belastet. Mansfeld — ehemals auf gewerkschaftlicher wie politischer Landkarte ein weißer Fleck, wird heute von führenden unabhängigen Rednern, nicht von den eigentlichen Führern der U. S., — man brachte die Unterschiede — als die Hochburg der U. S. erklärt! Nun gut, sehen wir uns mal diese Hochburg näher an: Wenn auch das führende U. S.-Organ in Berlin den Namen „Freiheit" trägt, so ist Freiheit in Mansfeld für den politischen Gegner ein unbekannter Begriff! Mitglieder wurden z. B. in einem uns bekannten Falle folgendermaßen „geworben": Eine unter Deckadresse einberufene Versammlung wird bei Eröffnung als eine U. S.-Versammlung erklärt und aufgefordert zur Mitgliedschaft durch Unterschrift andernfalls das Saal-Verlassen zum 1. Gebot wird. Natürlich unterschreibt jeder — des lieben Friedens halber, wie überhaupt die Uebertritte lediglich — und das sollte die „Volksblatt"-Redaktion doch auch wissen — aus Bequemlichkeitsgründen erfolgen. Allerdings werden solche Uebertritte etwas erleichtert, indem man (Alterode) die Papiere bezw. Akten und Marken der in der anderen Fakultät organisierten Arbeitsbrüder einfach zerreißt und in den Ofen steckt. Na, und jedermanns Sache ist eben nicht solche Kampfesweise. Sie muß doch aber „sozialistisch" sein, sintemalen in der U. S. nur „konsequente" Sozialisten vertreten sein sollen. Wie siehts denn nun mit dieser Konsequenz aus? Den „drei Männeken" Mehrheitssozialisten im Eisleber Stadtparlament ist es gelungen, auf Antrag hin, einen schon gefaßten Beschluß, baumweise Verpachtung der Kirschen, in eine solche der Bewirtschaftung und des Verkaufs auf Marken unter städtischer Regie umzuwandeln. Wie liegen aber die Dinge in den Gemeindeparlamenten, in denen U. S. die Mehrheit haben? Dort wendet sich das Geschimpfe auf die Regierung wegen mangelnder Offensive gegen den Wucher, wo doch in diesen Gemeinden der Obstwucher fast ausnahmslos unterstützt wird. Vor den Toren Halles, in Eisdorf, allwo doch eigentlich der geistige Habitus des „Volksblattes" am meisten befruchtend wirken sollte — dort „immer feste druff!" zur Unterstützung des Wuchers. Diese Beispiele ließen sich noch beliebig vermehren, um so mehr, als es Sozialisten gibt, „die mit dem Herzen am Unternehmer hängen"! Ja, verehrtes „Volksblatt", Theorie und Praxis!!! Und das Rätesystem? Auf der einen Seite die Intelligenz gewinnen und auf der anderen Seite diese vor den Kopf stoßen? Das geht wohl schlecht an. Aufklärung der Massen tut not, aber keine Verhetzung. Wenn man sieht, wie die Dinge liegen und das „Volksblatt", dieses politische Organ zweiter Garnitur richtet solches Unheil an? Dann tut es weh im Herzen des aufrichtigen Kämpfers für die sozialistische Sache. Wenn es nur die Interessen der Arbeiterbewegung zuließen, deutlicher zu werden! Lieber konservativ oder Mehrheitssozialist! Diesem Gedanken scheint im umgekehrten Sinne auch das „Eisleber Tageblatt", konservativer Richtung, nachzujagen! Ob es die Rolle als Schleppenträger der U. S. antreten will oder sonst aus bestimmten Gründen bestimmter Natur tendenziöse Töne von sich gibt? Bei „gerissenen" Politikern läßt sich das schwer im ersten Augenblick nachprüfen! In einem vor einiger Zeit im genannten Blatt erschienenem Artikel, betitelt „Sonnenwende", der den Mehrheitssozialisten den schmählichen Umfall in der Frage der Friedensvertrags-Unterzeichnung ankreidet, wird die Haltung der U. S. über den grünen Klee gelobt. Das hindert das „Eisleber Tageblatt" aber nicht, in seinen letzten Nummern den Gedanken der Einfuhr der Lebensmittel bezw. seine Folgen in allen Farben zu schildern. Illustrativ wird da der Mensch mit dem Pferd verglichen, denn er zieht den duftenden Geruch in seine „Nüstern" ein, und in einer neueren Beschreibung sollen sogar zwei Setzer ohnmächtig geworden sein, auch wäre mit Betriebsstörungen eventl. zu rechnen. Es lohnte nicht, diesen Unsinn zu erwähnen; es dürfte aber wohl keinen sozialistischen Schriftsteller geben, der den Ernst der Stunde vergißt und sich zum förmlich vor dem Entente-Fett überpurzelnden Kuli erniedrigt. Und das wagt man zu schreiben, nachdem der „Umfall" der Mehrheitssozialisten kritisiert wurde! Ueberhaupt deuten Anzeichen darauf hin, daß die U. S. in vielen Dingen „vorgezogen" werden, selbst auf Kosten falscher Berichterstattung. Es ist halt zweierlei, der Regierung vorzuwerfen, sie verfasse die Gesetze unter dem Eindruck der Straße — und selbst schmeichelt man der Masse — — —! Unter solchen widerwärtigen Verhältnissen führen die Mehrheitssozialisten den politischen Kampf im Mansfeldschen. Dabei müssen sie unter Umständen noch mit Lebensgefahr rechnen, weil oftmals der Mangel an Geist durch geschlossene Faust ersetzt wird. Und dabei könnten gerade auch wir, verfielen wir der Krankheit der „Bequemlichkeitspolitik" auch bei den U. S. eine ganz andere Rolle spielen, wodurch allerdings wiederum der Konkurrenzhaß der Stellenjäger auf sich nehmen müßte. Und wenn überhaupt die einzelnen Versammlungsredner, von denen recht viele auch „sprechen" müssen, wenn selbst die Kapazitäten von Halle — von wo nach eigenem Ausspruch denkender U. S.-Führer nicht alles Heil kommt — wüßten, mit welch klotzigen Bemerkungen die eigenen Glaubensgenossen mitunter urteilen! Ach, wie liegen doch die Dinge anders, als die Spaltenfüller im „Volksblatt" wissen oder nicht wissen wollen? Vielleicht gibt uns eine Antwort Gelegenheit, noch deutlicher zu werden. Dabei haben wir noch nicht mal an die in den Köpfen angerichteten verheerenden Wirkungen der Kommunisten gedacht, deren Erfolge allerdings nur durch Auftreten von „Ueberkommunisten" verkleinert werden könnten. Warum wir das schreiben? Nicht um in diabolischer Freude überhaupt Glossen zu machen, sondern um dem „Volksblatt" mal zu sagen, wie verderblich im Sinne der Arbeiterbewegung eine Politik ist. Und wenn die führenden U. S.-Geister in Halle, die nach Aussprache von Kommunisten nur nach der Futterkrippe drängen, in der Sozialisierungsfrage auf dem Standpunkt stehen, von unten herauf müsse dieses Problem gelöst werden, dann meinen wir auch in der Frage der Einigungsbestrebungen so handeln zu müssen und da dürfte selbst in den U. S.-Hochburgen den Mehrheitssozialisten die geistige Führung zufallen. Denn nichts ist verderblicher, als sich gerade in letzterem Punkte etwas vormachen zu wollen. Vordem müßte aber erst einmal zur Wahrheit geschritten werden, getreu dem alten Spruch: „Greif niemals in ein Wespennest, doch wenn du greifst, dann greife fest!" Und noch eine andere Pille: Die Bewegung der Mehrheitssozialdemokratie befindet sich in aufsteigender Linie; in stiller unermüdlicher Arbeit schreiten wir vorwärts. Das ist uns genügende Befriedigung. Und fiele heute noch der Terror in Mansfelds Landen, dann auf zum freien Kampf der Geister — ohne Faust — aber für den wahren Sozialismus!

Delitzsch. Städtischer Lebensmittelverkauf: Bis 19. d. M. auf Abschnitt Nr. 86 der Lebensmittelscheine je 1 Pfund Auslandsmehl zu 80 Pfg. an diejenigen Einwohner, welche in dieser Woche noch nicht beliefert sind. Vom 16. bis 19. d. M. auf Abschnitt 85 der Lebensmittelscheine je ¼ Pfd. Kunstspeisefett für 2,75 M. Vom 16. bis 19. d. M. als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln auf je einen Wochenabschnitt 1 Pfd. Teigwaren für 66 Pfennig. Vom 17. bis 19. d. M. auf Abschnitt Nr. 41 je ½ Pfund Graupen für 22 Pfg. in allen Verkaufsstellen. Am 18. d. M. Kirschen auf Abschnitt Nr. 148 bei Althaus, Schulstraße; Lebensmittelscheine Nr. 2221—2280. Markenfrei Molkeneiweis, das Pfd zu 1,35 M. bei Günther, Bitterfelder Straße und Winkler, Eilenburger Straße. Schoten frisch eingetroffen, markenfrei, das Pfund zu 55 Pfg. in unseren Gemüseverkaufsstellen. Seefische, markenfrei, voraussichtlich Freitag abend eintreffend, bei Bültemann, Fleischer, Kauerhoff, Konsumverein, Martin.

Großkörner. Veranstaltungen der Partei. Am kommenden Sonntag, den 20. Juli, veranstaltet die Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins ein größeres Vergnügen, das in den Nachmittagsstunden seinen Anfang nimmt. Am Vormittag um 10 Uhr spricht in einer öffentlichen politischen Versammlung Genosse E. Pikard-Halle über das Thema: „Warum mußten wir den Frieden unterzeichnen?" Zu beiden Veranstaltungen sind die Genossen der Umgegend herzlich eingeladen.

Aus aller Welt.

Berlin, 16. Juli. Vom 18. d. M. ab wird der allgemeine Fernsprechverkehr mit Dänemark in demselben Umfange und zu denselben Gebühren wie vor dem Kriege wieder aufgenommen.

Amsterdam, 17. Juli. Neue Grippeepidemie. „Times" melden, daß die Grippe auf Mauritius sehr heftig wütet. In den letzten zwei Monaten sind ungefähr 400 Menschen täglich daran gestorben.

Parteinachrichten.

Die sozialistischen Studenten Deutschlands erlassen einen Aufruf, in dem sie die sozialistischen Studenten aller Länder zu einer internationalen Konferenz einladen. Es heißt darin: „Der Krieg der feindlichen Nationen ist beendet, der Wettstreit friedlicher Völker beginnt. Nie wieder darf er anders ausgetragen werden als mit der Waffe des Geistes. Es wird Zeit, daß die Jugend sich rüstet, selbst die Bausteine herbeizutragen für einen neuen Bau der Menschheit. Genossen und Genossinnen! Anfang August findet in Luzern ein Kongreß der Internationale statt. Wird es auch jetzt nicht möglich sein, neben ihm einen Kongreß der gesamten sozialistischen Jugend zu stellen, so wollen wir sozialistischen Studenten doch versuchen, das Band der geistigen Internationale wieder zu knüpfen. Sendet Eure Vertreter zu einem sozialistischen Studententag nach Luzern, damit wir einander sprechen, einander kennen lernen! Wir werden in einen Austausch unserer Gedanken treten und erstaunt und voll Freude erkennen, wie vieles wir gemeinsam wollen. Eine Stelle soll geschaffen werden, die unsere Arbeit verbinden wird. Vielleicht ist auch der Augenblick nicht mehr fern, wo einer in des anderen Land gehen wird, damit Mensch und Mensch einander die Hände reichen. Wir, die Kultur-Radikalen, die sozialistischen Studenten Deutschlands und Deutschösterreichs, wenden uns an Euch, Brüder, und rufen Euch! Wir glauben an den Völkerfrühling, wir glauben, daß die Welt wieder jung werden muß durch uns, ihre Jugend!"

Der Parteitag für Oldenburg-Ostfriesland.

Der Bezirk Oldenburg-Ostfriesland hielt am 5. und 6. Juli in Oldenburg seinen Parteitag ab, an dem etwa 90 Delegierte teilnahmen. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß der Bezirk am 1. April 16811 männliche und 4247 weibliche Mitglieder zählte. Die Zahl der Ortsvereine ist von 40 vor dem Kriege auf 111 gestiegen. Eine Jugendorganisation besteht augenblicklich nur in Rüstringen, im Herbst wird aber im ganzen Bezirk hierfür eine rege Agitation eingeleitet. Sozialdemokratische Gemeindevertreter sind 544 vorhanden. Zur Informierung derselben wird monatlich einmal das Mitteilungsblatt „Kommunalpolitik" herausgegeben. Neben der „Republik" sind auch in Oldenburg, Delmenhorst und Emden Parteiblätter gegründet worden. Für die Landarbeiter wurde ein eigenes Fachorgan geschaffen. In Zukunft soll die Landtagsfraktion nur einen Vertreter zum Parteitag senden. In einer gefaßten Resolution wird ausgesprochen, daß Streiks nur mit Einverständnis der Partei in die Wege geleitet werden dürften. Zum Vorort wurde Rüstringen und als Vorsitzender Genosse Hug wiedergewählt.

Die Chefredaktion des „Vorwärts". Am 15. Juli übernahm, der Berufung durch Parteivorstand und Pressekommission folgend, Gen. Paul Bader die Chefredaktion des „Vorwärts". Gen. Bader war bisher Chefredakteur unseres Magdeburger Parteiblatts.

Mißglückter Einigungsversuch. Breslau, 14. Juli. Gestern fand hier eine sehr stark besuchte Versammlung aller sozialdemokratischen Richtungen statt mit dem Zwecke eine Einigung innerhalb der Sozialdemokratie herbeizuführen. Die Versammlung ist aber ergebnislos verlaufen.

Kunst und Wissenschaft.

Stadttheater.

„Die Walküre", des Ringes der Nibelungen erster Tag,
von Richard Wagner.

Als sich der Vorhang gestern nach dem ersten Akt der Walküre senkte, konnte man nur einstimmen in den sich immer wiederholenden Beifall. Der Akt war ganz vorzüglich und kaum eine deutsche Bühne dürfte in der Lage sein, ihn besser herauszubringen. Zumal unser Orchester geradezu überraschte. Der Schwung, mit dem es hineinging, der Schmelz in den Celli beim Zwiegespräch des Geschwisterpaares war gleichen Lobes wert. Kommt hinzu, daß mit Lilly Hafgren-Waag, Vogelstrom und Zottmayr drei Künstler auf der Bühne standen, die in der Lage sind, Wagnerfiguren hinzustellen, die nicht nur stimmlich hervorragend, sondern vor allem den wahren Nibelungenstil in jeder Bewegung an sich haben. Vogelstrom, der (wie die ganze Aufführung) nachher etwas nachließ, war von einer freudigen Gebelaune, Sieglinde quoll hier selten vernehmbarer Wohllaut von den Lippen und Zottmayrs Baß und seine wagnerisch-wuchtigen Bewegungen — kurz: es war eine vollendete Leistung! Friedrich Plaschkes Wotan hatte in und vor dem Feuerzauber seine Höhepunkte. Sein Können ist ebenso wie das seiner oben genannten Kollegen von in Deutschland derart unbestrittenem Ruf, daß sich jedes weitere Lob erübrigt. Brünnhilde — Zdenka Faßbender-Mottl und Fricka — Frieda Schreiber, Leipzig, ergänzten den Reigen der Gäste. Die erste eine prächtige Walküre, die nur eine Spur von Beweglichkeit mehr vertrüge (glänzend in der Frage an Wotan im 3. Akt), Fricka eine imposant-würdige Gemahlin Allvaters. Der Beifall des vollbesetzten Hauses war stark und wohlverdient. wv.

Briefkasten der Redaktion.

R. B. 100. Verjähren kann ein Vertrag nicht. Er kann aber geändert werden nach Uebereinkunft mit dem Verpächter.

W. E. 70. Das Einreisen in das besetzte Westgebiet ist nach wie vor sehr schwierig! Zunächst wird ein deutscher Paß benötigt (Polizeiverwaltung), dann Einreiseerlaubnis der betr. (engl. oder amerik.) Militärbehörde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919071 8-15/fragment/page=0006

Nr. 23 | Illustriertes Unterhaltungsblatt | 1919

Militärerinnerungen.

Skizze von Gregor.

Ich erinnere mich noch aller Einzelheiten, unter denen ich einstmals Soldat wurde, und ich darf wohl mit Wahrheit sagen, daß nicht leicht einer mit mehr Lust und Liebe als ich Soldat geworden. Ich hätte Tränen geweint, wäre ich nicht schon bei der ersten Ziehung genommen worden. Als mit dem Herbst der Abschied kam, zog ich singend aus dem Vaterhaus. Doch wie bald war diese naive Begeisterung verschwunden! In dem Zuge, der uns zum Bezirkskommandostädtchen brachte, wollte das Singen und Jubeln kein Ende nehmen. Aber schon bei der Gestellung zwischen Tag und Dunkel am andern Morgen bekamen wir einen kleinen Vorgeschmack von der Wirklichkeit des Soldatenlebens. Ein Hauptmann stieß einen Zuspätgekommenen mit dem Reiterstiefel in die bekannte untere Rückenpartie, daß der Junge nur so ins Glied hineinkollerte. Beim Einzug in die Garnison hatte ich mich darauf gespitzt, zum erstenmal den großen Dom zu sehen, der gleich am Ausgange des Bahnhofs lag. Ich hatte zu Hause oft von ihm erzählen hören. Aber als wir angekommen, ging es im Laufschritt ohne Aufhören vom Bahnhof bis in den Kasernenhof. Mit Schreien und Fluchen trieben Unteroffiziere und alte Begleitmannschaften uns an, und die Straßengänger machten sich weidlich über das Schauspiel lustig. Wir trabten wie eine Hammelherde, mit unseren Körben und Kasten an der Hand und auf dem Nacken, und vom Dom bekamen wir nichts zu sehen.

Auf dem Kasernenhof, wo man uns den Kompagnien zuteilte, hielten die Bekannten aus dem Heimatort sich noch immer möglichst zusammen. Aber je länger es mit unserer Namenverlesung vor sich ging, um so mehr wurde der eine von uns von dieser, der andere von jener Gruppe aufgesogen. Bis ich schließlich von allen Bekannten still und herzbeschwert nur noch mit einem guten dicken Schreinergesellen aus einem Nachbarorte zusammenstand, den ich von Ansehen kannte.

Mit ihm zog ich in die Kaserne ein. Und da der Zufall uns in dieselbe Korporalschaft brachte, nahmen wir unsere Spinden nebenund unsere Betten übereinander und haben redlich Freuden und Leiden miteinander geteilt.

Die Leiden aber übertrafen alle Ahnungen, die uns schon beschlichen hatten. Nie im Leben waren wir widerstandslos einer Bande so auserlesener Schubiacke überantwortet, wie beim Unteroffizierkorps unserer Kompagnie. Noch jetzt, in der Abgeklärtheit einer über fünfundzwanzigjährigen Entfernung von diesen Dingen, kann ich an diesem Urteil keine

Japanischer Farbenholzschnitt.

Einschränkungen machen. Sie haben uns gedemütigt, wie keine Räuber und Verbrecher gedemütigt werden. Es war als sollte uns im „vornehmsten Rock" alle Menschenwürde und Selbstachtung ausgetrieben werden. Wir standen schon nach wenigen Wochen oft am Rande der Verzweiflung.

Wir wurden so müde von den ungewohnten Anstrengungen, von der ewigen Schleiferei, womit man uns traktierte, so furchtbar müde, daß wir morgens unsere Knochen kaum rühren konnten. Wir mußten immer erst die Treppen ein paarmal auf und ab gemessen haben, ehe unsere Glieder wieder einigermaßen in Ordnung kamen. Und immer mehr sollten die Quälereien gesteigert werden. Oft kamen wir in der Instruktionsstunde beim trüben Lampenschein oder im häßlichen Zwielicht der Morgenfrühe nicht mehr gegen die Müdigkeit an. Dann trieb man uns die Treppen hinunter, im dünnen Drillichanzug in die Eiseskälte des Kasernenhofes. Oben am Fenster stand unser Quälgeist, und nun gings: „In die Ecke — marsch, marsch! — in die Ecke — marsch, marsch!" So die kreuz und quer über den Kasernenhof und dann wieder hinauf in die Stube und dort: „Unter die Betten — marsch, marsch!" — „Auf die Spinde — marsch, marsch!" Dann stürzten wir zu den Betten und lagen alle Mann am Boden und markierten „unter die Betten kriechen", von da wieder zurück zu den Spinden, und wie Hampelmänner markierten wir „auf die Spinde klettern". Oder die Instruktionsstunde begann mit „Scheitel vorzeigen" — „Zähne vorzeigen" — „Fingernägel vorzeigen!" — Klatsch! bekamen die Sünder eins mit der Säbelscheide, und dann gings zum Waschbecken mit ihnen.

Wir hatten einen dicken, guten, schon zweiundzwanzigjährigen Rekrutenkameraden unter uns, auf den war es besonders abgesehen. Er hatte die bekannten roten Pickeln im Gesicht und am Körper. Wie mußte er sich dafür malträtieren lassen! „Mit Teerseife schruppen", „schwitzen, um das überflüssige Fett abzutreiben!" Um zu schwitzen, mußte er die Langschäftigen tranen, sie in den Patscheimer tauchen und damit mit Wichse bearbeiten, die Stiefelnägel und Absatzeisen mit Putzpomade putzen — dann schwitzte der Mann zum Gotterbarmen. Oder der Unteroffizier riß ihm aus dem ausgewaschenen Krätzchen das nasse Futter heraus, klatsch, klatsch, bekam er es oft rechts und links um die Ohren geschlagen, und dann mußten die ungelenken Finger es wieder hineinarbeiten. Wie oft haben wir dem ganz wirr gemachten Mann beim Anzug geholfen, umgeschnallt, das Gewehr nachgetragen, ihn selber Hals über Kopf die Treppe hinuntergestubst, damit er nur ja rechtzeitig zum Antreten kam, weil sein Zuspätkommen wir alle büßen mußten. Den Mann ließ man beim Exerzieren in die Streckleiter klettern und aus der Höhe fünfundzwanzigmal „Ich bin ein Esel" schreien.

Wir hatten einen ganz offenbar Schwachsinnigen unter den Rekruten, den man zum Schabernack mit unglaublicher Roheit schliff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0007

peinigte und pufte. Man überraschte ihn einmal auf dem Abort, wie er, vor seinen Quälern fortgeschlichen, vor einem Kerzenstummel einen Brief an seine Angehörigen schrieb. Der Aermste ist schließlich als unbrauchbar im Glied in der Schneiderhandwerkerstube gelandet.

So könnte ich Seiten mit Einzelheiten füllen. Wir hatten einen Sergeanten — wenn der Wachdienst hatte, steckte er ganz eben den Kopf durch die Tür und rief ganz leise sein „Aufstehen!" hinein. Aber wehe, wenn wir bei seinem zweiten Rundgang nicht aufgestanden waren. Einmal brachte er die Klopfpeitsche mit und hieb uns rechts und links wie ein Berserker aus den Betten heraus. Der Kerl erschien eines Sonntags, als uns das Ausgehen wieder einmal versalzen war und wir alle beim Flicken unserer Brocken saßen, mit seiner „Braut" auf unserer Stube. Da ließ er uns, als wir lange vor dem hohen Paare „Stramm" gestanden, im Zimmer die Sprungleine aufspannen und uns Vaterlandsverteidiger zum Vergnügen seiner Dame über die Leine springen.

Ueberhaupt das Ausgehen bei uns! Die mit uns eingetretenen Heimatkameraden, zum Teil solche, die auf den Außenforts lagen, besuchten uns schon des Sonntags, als wir noch nicht ein einziges Mal ausgegangen waren. Und als wir dann endlich genügend „erzogen" waren — ach, da wurde uns die Ausgehfreude auch noch so manchesmal verdorben.

Nach dem Sonntagsnachmittagsappell, wenn wir schon in Extrahosen und auf dem Sprung auszufliegen standen, trat vielleicht der geliebte Unteroffizier in die Stube. Dann ließ der Gestrenge sich unsere ganzen Sachen zeigen und dann bohrte und riß er an den dutzendmal geflickten Brocken herum — Knöpfe ab — Futter zerrissen — Flicken ab — Namen heraus —, daß wir den ganzen lieben Nachmittag wieder unsere Arbeit hatten.

Und dieselbe elende Schleiferei auf Exerzierplatz und Kasernenhof! Das Wort: „Auf einem Plätzchen wie 'ne Tischplatte groß werde ich Euch zum Verrecken schleifen!" haben die „Spinner" beinahe buchstäblich an uns wahrgemacht. Da ließ uns ein solcher Kerl auf einem abgelegenen Lehmfelde in Dreck und Regen so lange „Auf — Nieder" machen, bis einer von unserer Gruppe zusammenbrach. Und dieser eine war ein Bauernjunge, der immer mit roten Backen wie das ewige Leben aussah. Gerade er versagte, während wir spierigeren Industriearbeiter uns noch aufrecht hielten. Als er nun dalag, gebrochen und aufgelöst, mit schmutzigem Lehmwasser auf Hals und Schultern, ward auch dem Teufel von Unteroffizier angst und bange. Für den Tag war's Schluß mit dieser Schleiferei.

Ein gleiches Korps aber hatten wir auch an einem Teil der „Alten" der Kompagnie. Wir hatten den letzten Jahrgang der Alten, die noch die dreijährige Dienstzeit mitmachten. Die hielten sich natürlich für verpflichtet, im berüchtigten Quälsystem der Alten ganz Besonderes zu leisten. Wir „Hämmel" mußten mit der Mütze in der Hand an der Tür ihrer Stube stehen: „Bitte eintreten zu dürfen!", und wenn's ihnen einfiel, so auch: „Gott grüß Euch, alte Knochen!" Wehe, wer die Honneurs nicht in aller Demut machte. Ein Schemel ins Kreuz oder die Klopfpeitschen heraus war das Werk eines Augenblicks.

Und nirgends Rettung vor dieser Quälerbande! — Wir hatten einen Feldwebel von solchem Jähzorn, daß wir allen Ernstes fürchteten, er werde uns einmal mit dem Degen durchstechen. Wir hatten einen Premierleutnant, der uns stets mit einem Gesicht voll so abgrundtiefer Verachtung begegnete, als ob er sich peinlich die Hände wüsche, wenn er nur in unsere Nähe gekommen. Ich habe selber gehört, wie er einen der Unteroffiziere anspornte: „Tretet den Biestern mit den Absätzen in den Arsch!" Wir hatten einen Hauptmann von einer so grausamen Strenge, daß wir allein nur das Gefühl der Furcht vor ihm kannten. Nein: Melden! — bei Vorgesetzten, die alle, Hoch und Niedrig, nur unsere Furcht statt unser Vertrauen haben wollten — davon redet klug und weise, wer selber nicht als verschüchterter junger Bursche vom Lande unter solchen Verhältnissen gestanden hat.

Auf den Schultern des dicken Glücksgottes Hotei tanzt ein als Mädchen verkleideter Knabe.

Daß keiner meldete, war nicht so zu verwundern, als daß nicht einer das Seitengewehr nahm und es seinem Peiniger in den Leib rannte. Aber das gelobten wir uns oft: „Wenn es Krieg wird — die kriegen alle die Kugel von uns — die fallen durch unsere Hand!"

Heute weiß ich ja, wo ich den Seelensturm beim Ausbruch des Weltkrieges miterlebte, was von solchen Reden, und erst recht damals noch, zu halten war. Und zudem ist ja genugsam bekannt, wie das Vorgesetztentum wie umgewandelt war, als es hieß, daß ins Feld gerückt wurde. So hätte auch damals die überströmende Begeisterung alles andere bei uns jungen Menschen zurückgedrängt und ausgelöst. Aber in der begeisterungsarmen trüben Zeit dieser elenden Kasernenpein taten wir bald nur noch voll Haß und Verzweiflung unsere Pflicht — und wir waren doch alle so voll Dienstfreudigkeit und Lust und Liebe Soldat geworden! Ein Beweis, wie das verfehlte System eines Drills und Schliffs im verwerflichsten Sinne alle Freude an der Ausbildung zur Vaterlandsverteidigung erstickt! Es war der denkbar größte Gefühlsgegensatz, wie ich im Herbst voll frischem, gutem Willen zum Militär einrückte und wie ich mich nach dem ersten Heimatsurlaub bedrückt in die Höhle der Kaserne schlich unter dem Zwange des eisernen Muß. Ich wurde von allen Kameraden beneidet, als ich, nachdem ich das erste Manöver hinter mir hatte, vom Regiment weg und zu einer Unteroffiziervorschule abkommandiert wurde. Hier habe ich ganz ungewohnt gute Tage gehabt, aber ich lernte das eisern grausame Drillsystem an den jungen Zöglingen kennen und hatte die Erklärung dafür, daß so viele von ihnen als spätere Kapitulanten mit den Qualitäten ausgesuchter Menschenschinder zum Heere kommen. Ich tauschte den verhaßten bunten Rock mit der Arbeitsbluse in dem Gefühl, daß ich zwei vollständig verlorene Jahre hinter mir hatte!

Heute denke ich auch hierüber toleranter. Die Kasernenschule hat für mein Leben insbesondere insofern etwas bedeutet, als sie mich, als es „Parole Heimat" hieß, empfänglich nicht für den Kriegerverein, sondern für die Lehren des Sozialismus gemacht hatte. Diese Wirkung hat sie bei Millionen bis in die heutige Zeit erzielt.

Pflanzengeschwüre.

Wie am Körper des Menschen Geschwüre und Geschwülste aller Art keine Seltenheit sind, so treten auch am Pflanzenkörper ähnliche Gebilde auf: außergewöhnliche Anschwellungen, deren Entstehung und Bedeutung nicht ohne weiteres ersichtlich ist. Während manche dieser Geschwüre auf das Leben der Pflanzen keinen sonderlichen Einfluß auszuüben scheinen, bedeuten andere oft eine große Gefahr; dann gibt es aber auch eine Art Gewebewucherungen, von denen die Pflanze Nutzen zieht.

Zu der ersten Art Pflanzengeschwüre, die also durchweg gefahrlos für die Pflanze sind, zählen die unter dem Namen Gallen zusammengefaßten Geschwülste, davon wohl das bekannteste Beispiel der Gallapfel auf dem Eichenblatt ist. Alle diese Geschwülste verdanken ihre Entstehung einem Reize, der von einem Insekt ausgeübt wird. Dieses Insekt (Gallwespe, Gallmücke und ähnliche) sticht mit einem Legestachel ein bestimmtes Pflanzenorgan an, wobei gleichzeitig die Eiablage erfolgt. Infolge des Stiches entfalten die der gestochenen Stelle zunächst liegenden Pflanzenzellen ein gesteigertes Wachstum. Es wird eine Unmenge neuer Zellen gebildet, die zusammen das Geschwür formen, in dem die aus den Eiern des Insekts auskriechenden Larven ein Schlemmerleben führen. Die Gallen überleben nie eine Vegetationsdauer der befallenen Pflanze; wenn Gallen von einem Jahr ins andere hinüber an der Pflanze bleiben, so sind sie doch abgestorben, und über die toten Gewebe hinaus entfaltet die Pflanze neue Triebe.

Nicht gerade selten sind an den Stämmen unserer Waldbäume richtige Anschwellungen zu bemerken, die von Jahr zu Jahr noch an Ausdehnung gewinnen. Diese Geschwüre zehren mithin fortdauernd an den Säften der Pflanze, und doch sieht man nicht, daß das der Pflanze irgendwelchen Schaden zufügt. Auch an den unter dem Namen Margarete (Chrysanthemum frutescens) bekannten Gewächs, das vielfach in Fensterkästen, im Garten und auch im Zimmer als Topfpflanze gepflegt wird, sind solche Geschwüre gelegentlich zu beobachten. Wo Margaretenpflanzen mit dergleichen Gebilden mehrere Jahre hindurch kultiviert werden, da sieht man auch diese Geschwüre an den Stengelteilen von Jahr zu Jahr an Umfang gewinnen, ohne daß ein merklich nachteiliger Einfluß auf die Entfaltung der Pflanze zu verspüren ist. Ueber die Entstehung dieser Geschwüre ist man meist noch im unklaren. In vereinzelten Fällen wollen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0008

Forscher festgestellt haben, daß Bakterien die Urheber sind.

Zu jenen Geschwüren, die das Pflanzenleben mehr oder minder stark gefährden, zählen manche unter den Bezeichnungen Kropf und Krebs von dem Gärtner gefürchteten Krankheitserscheinungen. Solche Mißbildungen entstehen an Wurzeln, wie auch am Stamm und an Stengelteilen. Wenn der Wurzelkropf der Kohlarten (Kohlhernie genannt) sich einmal in den Kohlkulturen ausgebreitet hat, ist es nicht mehr möglich, Kohlpflanzen zu ihrer vollen Entwicklung heranzuziehen. Dieser Wurzelkropf zeigt sich als kleinere oder größere Anschwellung an den Wurzeln der Kohlpflanzen bis zur Größe einer Faust. Meist treten sie in großer Zahl auf. Die befallenen Wurzeln können ihre normale Tätigkeit nicht entfalten und zudem verbrauchen die Geschwüre eine Unmenge der von der Pflanze hergestellten Baustoffe, so daß die Pflanze verkümmern muß. Der Erreger dieser Geschwüre ist ein Schleimpilz. Auch in manchen anderen Fällen sind Schleimpilze die Ursache ähnlicher Geschwulstbildungen.

Bei manchen den Pflanzen schädlichen Geschwulsten ist der Frost die Ursache. Wenn im Herbst und mehr noch im Frühjahr, zur Zeit, da der Saftaustausch schon ziemlich rege ist, in der Nacht die Stengelglieder oder Bäume gefrieren und dann am Morgen bei starker Sonnenbestrahlung plötzlich und schnell auftauen, ist die Gefahr des Platzens und Zerreißens der Gewebeschichten besonders groß. An solchen zerrissenen Stellen entsteht dann zumeist eine Wucherung, die als Krebs bezeichnet wird.

Wieder andere Geschwüre führt man auf Bakterientätigkeit zurück. So haben in jüngster Zeit amerikanische Forscher an einer Reihe von solchen Kulturpflanzen die

Zuschauer beim Kasperle-Theater.

Geschwulstbildungen eingehend studiert, an denen die Mißbildungen schädigend auftreten. Daß hier in der Tat Bakterien die Erreger sind, glaubt man dadurch bewiesen, daß man in den Geschwüren nicht nur Bakterien fand, sondern weil es gelang, aus solchen Bakterien Reinkulturen herzustellen und durch Einimpfen dieser Reinkulturen auf gesunde Pflanzen die entsprechenden Geschwüre zu erzeugen.

Geschwüre solcher Art, von denen die Pflanzen Nutzen ziehen, finden sich beispielsweise an den Wurzeln der Hülsenfrüchtler (Erbse, Bohne, Lupine, Wicke und ähnliche). Dort sitzen bis erbsengroße Anschwellungen, die man Wurzelknöllchen nennt. Sie zählen zu den sonderbarsten Gebilden, die die Biologie je erforscht hat. Ihre Entstehung verdanken die Wurzelknöllchen bestimmten Bakterien (fast jede Gattung der Hülsenfrüchtler hat ihre besondere Bakterie), die unzweifelhaft von dem Pflanzengewebe einen Nutzen ziehen. Den Baustoff zu den Wurzelknöllchen muß die Pflanze liefern. Das eigenartigste bei diesem Verhältnis ist nun, daß die Wurzelknöllchen den in der Luft enthaltenen freien Stickstoff zu einer chemischen Verbindung zwingen, die von der Pflanze zu Ernährungszwecken aufgenommen werden kann. Den ungebundenen Stick-

Schauspieler als Dame.

stoff kann die Pflanze sich nicht nutzbar machen. Man bezeichnet deshalb diese Wurzelknöllchen mit Recht als Stickstoffsammler, und darauf beruht auch der Wert der wohl allgemein bekannten Gründüngung, die im Anbau und nachherigem Unterpflügen von Lupinen besteht. Weniger kommt hierbei das untergepflügte Kraut als Düngemittel in Betracht, den größeren Nutzen zieht das Land für die spätere Kultur aus den von den Lupinen gebildeten Wurzelknöllchen. Man hat aus diesen Wurzelknöllchen Bakterien-Reinkulturen hergestellt und damit den Boden mit dem Erfolg geimpft, daß die später angebauten Hülsenfrüchtler sich besonders üppig entfalten.

Auch jene Geschwülste sind zu den nützlichen im Pflanzenreich zu rechnen, die sich dort bilden, wo der Pflanze eine offene Wunde beigefügt wurde. Wenn ein Zweig oder Ast vom Baum geschnitten wird, so entsteht an der Schnittfläche des Baumes eine Art Ueberwallungsgeschwür, die wir etwa mit den Narben bei Verwundungen am menschlichen Körper vergleichen können. Auch an der Schnittfläche des abgeschnittenen Reises bildet sich, wenn das Reis in feuchten Sand oder Erde gesteckt wird, ein solches Ueberwallungsgeschwür, aus dem dann die neuen Wurzeln hervorbrechen. Die gleiche Erscheinung zeigt sich weiter bei Veredelungen; wenn ein Edelreis auf eine Unterlage veredelt wird, entsteht an der Schnittfläche die Callus benannte Geschwulst, das die Verwachsung der beiden Stengelteile einleitet. H. Krafft.

Der japanische Farbenholzschnitt

Im Farbenholzschnitt hat sich die japanische Kunst ein Organ volkstümlicher Verbreitung geschaffen. Seit dem 17. Jahrhundert pflegen die Japaner den farbigen Schnitt. Es haben sich allerlei Stile oder Schulen gebildet, die sich mit der Xylographie befassen und besonderen Richtungen nachstreben. So spricht man z. B. von der „Ukinoye-ryu", der Malerschule des „wogenden Lebens", welche bei der Wahl des darzustellenden Gegenstandes (im Gegensatz zur klassischen Kunst) Szenen aus dem realistischen Theater, dem Stadtleben, der Halbwelt usw. bevorzugte. — Man findet im europäischen Kunsthandel, sowie in öffentlichen wie privaten Sammlungen eine große Anzahl japanischer Farbholzschnitte und kann aus ihnen — obwohl die ausgeführten Blätter keineswegs zu den besten gehören — einen Begriff von der Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit der japanischen Holzschneidekunst erhalten. Die frühesten, erhalten gebliebenen Holzschnitte in Japan sind zumeist noch mit der ungefärbten Platte hergestellt, sie haben eine prächtige Linienführung und sind von außerordentlich schöner Schwarzweißwirkung. Man fing zunächst an, diese Blätter mit Handkolorit zu versehen, um dann zum farbigen Druck überzugehen. Zu diesem Zwecke wurden verschiedene Holztafeln des gleichen Inhaltes geschnitten, die dann, eine jede eine andere Farbe tragend, nacheinander auf das Papier gedruckt wurden. Begnügte man sich zunächst mit zwei bis drei Farbenplatten, so wurde die technische Weiterentwicklung mit der Zeit überaus reich.

Die ersten mit Holzschnitten versehenen Bücher erscheinen in Japan zu Beginn des 17. Jahrhunderts (100 Jahre später als die großen Holzschnittserien Albrecht Dürers), doch kannte man in Ostasien den Holzschnitt schon lange vor dieser Zeit. Meist führten die Meister der früheren Werke selbst das Messer und begnügten sich nicht mit dem Entwurf allein. Viele der alten Blätter weisen eine bewundernswerte technische Sauberkeit auf. Es kam den Xylographen vor allem darauf an, den Umriß in schönen, schwungvollen Linien zu führen und mit feinem Geschmack die Farben zu geben. Auf eine genaue Nachahmung der Naturformen legten sie — in sicherem Stilgefühl — weniger Wert.

Kasperle-Theater.

Der Holzschnitt spielte — und spielt noch heute — in Japan eine ganz andere Rolle als bei uns. Er ist überaus populär, und die Zeitereignisse, mehr noch die volkstümlichen Sagen, werden durch ihn kolportiert. Die Vorliebe der Japaner für das Heitere, Beschwingte spricht sich in diesen Darstellungen deutlich aus. Szenen aus dem Göttertleben (sehr häufig sind es humoristische), Genrebilder mit Kindern, jungen Mädchen, Liebespaaren wechseln mit scherzhaften Tierdarstellungen und Blumenbildern ab. Da ist z. B. eine Szene: „Katz und Maus", in welcher die lustigen Mäuse die Katze heimlich gefesselt haben, um sich dann über sie lustig zu machen. Oder es wird ein vergnügtes Picknick unter blühenden Kirschbäumen dargestellt, oder ein Kasperletheater, oder eine Gruppe von Kurtisanen, die sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0009

mit Spiel und Musik die Zeit vertreiben, oder junge Mädchen, die sich vor dem Spiegel schmücken, usw. Ganz besonders beliebt als Stoff für die Holzschnitte aber sind die Theater. Die Lieblinge des Publikums unter den Schauspielern, die „Sterne", werden in all' ihren Rollen dargestellt, und die Pracht ihrer Kostüme ist mit einer Sorgfalt und einem Geschmack dargestellt, die bewundernswert sind. Sehen wir den Katalog einer Holzschnittausstellung an, so finden wir immer wieder Angaben, wie „Der Schauspieler N. in der Rolle einer koketten jungen Dame" (die Damenrollen werden von Männern gespielt), „Schauspieler in Fürstenkleidung, groteske Kraftrolle", oder „S. K. als Dame, ein nacktes Schwert in der Rechten" usw. Aber nicht nur einzelne Schauspieler und einzelne Rollen dienen dem Holzschneider als Stoff, sondern ganze Dramen werden in großen Serien als fortlaufendes Spiel wiedergegeben. Einzelne Mimen sind darin an ihren Wappen, in guten Arbeiten auch in der feinen Würdigung ihrer Persönlichkeit zu erkennen. Häufig sind einige erklärende Textworte beigegeben, sowie das Signum des Holzschneidekünstlers. Außer den Schauspielern werden auch andere Künstler im Holzschnitt verewigt. So existiert z. B. aus dem 18. Jahrhundert ein berühmtes Blatt, welches einen großen Kalligraphen darstellt. (Die Schönschreibekunst gilt in Japan als Wissenschaft, da sie große Anforderungen an Gedächtnis und Geschicklichkeit stellt.)

Mit großer Hingabe und vielem Geschmack sind die Gewänder auf den Holzschnitten ausgeführt. Frische, leuchtende Farben, die Stoffe oft mit reichen, zierlichen Mustern versehen, prachtvolle, faltenreiche Seidenkimonos, die das Linienspiel des Körpers nur zart andeuten. Die Frauengestalten, ohne die der Farbenholzschnitt kaum zu denken wäre, wechseln in ihrer Art nach Zeit und Stil. Wir sehen die zarte Geisha, die mit kleinen Schritten tanzt, die Füße einwärts gebogen, den Fächer in der Hand (zwei bekannte Holzschneider haben das Leben der japanischen Kurtisane unter dem Titel „Spiegel der Schönheiten der grünen Häuser" im Bilde festgehalten), dann wieder sittsame junge Mädchen beim Spiel oder beim Musizieren. Auch Szenen aus dem häuslichen Leben, Frauen in der eigentümlich kauernden Stellung, in der die Japanerinnen stundenlang auf dem Boden hocken, oder junge Mütter, die sich ihrer Kinder freuen. Meist sind die Frauengestalten schlank, auch die Gesichter sind schmal, die kunstvoll frisierten Haare sind mit Kämmen und Nadeln geschmückt, und alle Einzelheiten der Toilette sind mit Geschmack und Liebe wiedergegeben. Grazie und Liebreiz liegt über diesen Gestalten und eine Leichtigkeit der Linienführung, welche den besonderen Reiz solcher Farbenholzschnitte ausmachen. Wir können in unseren Bildbeigaben die Holzschnitte nur unfarbig reproduzieren. Aber auch aus diesen Abbildungen schon mag sich der Leser eine kleine Vorstellung der japanischen Xylographie machen. e. s.

Eine Parlamentsrede Jakob Grimms. Der Name Jakob Grimms hat einen guten Klang nicht nur wegen der wissenschaftlichen Bedeutung des großen Gelehrten, sondern auch wegen der aufrechten Haltung, die er in politischen Dingen eingenommen. In dieser Hinsicht ist der berühmte Germanist zuerst hervorgetreten im Jahre 1837, als er zu den Göttinger Sieben gehörte, die gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover protestierten, und lieber auf seine Professur verzichtete, als daß er zu einem erkannten Unrecht stillegehalten hätte. Und er ist sich selbst treu geblieben. Noch als Greis hat er gesagt, daß er mit zunehmendem Alter noch demokratischer gesinnt werde und mit Uhland stimmen würde, wenn er noch einmal in einer Nationalversammlung säße. Er hat der Frankfurter Nationalversammlung angehört und dort zum Zentrum gezählt, rechnete sich also damals zu den Gemäßigt-Liberalen, trat aber im Herbst aus und hat auch während seiner Teilnahme an den Verhandlungen eine recht entschiedene Haltung eingenommen. Das beweisen am besten die Ausführungen über den Adel und die Orden, die er am 1. August 1848 in Frankfurt gemacht hat. Was den Adel angeht, so soll er, wenn es nach Grimm geht, als bevorrechteter Stand aufhören. Er bezeichnet ihn als eine Blume, die ihren Geruch verloren hat, vielleicht auch ihre Farbe. Er weist darauf hin, daß unsere größten Geister seit der Reformationszeit aus geringem Stande hervorgegangen sind. Er spricht von den unadeligen Größen der klassischen Literaturzeit und bezeichnet es als einen Raub am Bürgertum, daß man den Schiller und Goethe ein „von" an ihren Namen klebte. So hält er den Adel zum Aussterben verurteilt, ohne daß er deshalb die bloßen Titel und Erinnerungen getilgt wissen möchte. Aber von irgendwelchen Vorrechten soll keine Rede mehr sein. Er kommt dann auf die Orden zu sprechen und bekennt sich, was er nach den Erfahrungen der Reaktionszeit wohl nicht mehr getan hätte, aufrichtig dem Königtum zugetan, spricht auch von dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., „dem ich diene", mit großer Hochachtung, die herrsch zweifellos in die Brüche gegangen ist. Aber zugleich erwartet er von den Fürsten die Selbstverleugnung, allem byzantinischen und chinesischen Schmuck zu entsagen, zur Einfachheit unseres Altertums zurückzukehren und „keinen Orden an Zivilisten auszugeben, da sie ursprünglich bloß für das Heer bestimmt scheinen". Den Kriegern will Grimm die Orden als Kriegsauszeichnungen nicht absprechen. Es ist ihm etwas Großes, in heißer Schlacht ein solches Zeichen erhalten zu haben, und es scheint ihm natürlich, daß der Krieger danach sieht. „Aber was soll unter Zivilisten ein Ritter, der nie zu Pferde steigt, ein Komtur, der nichts zu kommandieren hat?" Grimm hat darin offenbar, wie ein französischer Revolutionsmann, der Napoleons Absicht, auf das Ordenswesen zurückzukommen, entgegentrat, eine Spielerei erblickt; Napoleon selbst redete übrigens von „Ordensblech". Aus diesem revolutionären Geiste ist auch Jakob Grimms Stellungnahme geboren, die ebenso wie sein Verhalten zum Adel und seine allgemeine politische Entwicklung dazu berechtigen, den berühmten Gelehrten mit Stolz unter die deutschen Freiheitsmänner zu rechnen. x. y.

Lesefrüchte.

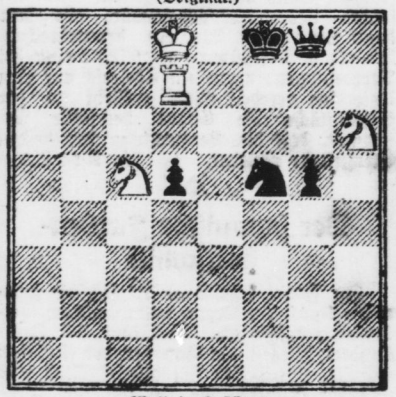
Das wahre Glück des Menschen ist Gesundheit und froher Mut (Huch). — Wissenschaft hat einen inneren Wert nur als Organ der Weisheit. Als solches ist sie ihr aber auch unentbehrlich (Kant).

Schach.

Bearbeitet vom Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterschachbundes.

Nr. 33.

Max Katzorke, Berlin.
(Original.)



Matt in 2 Zügen.

Weiß: Kc8; Td7; Sc5, b6.
Schwarz: Kf8; Dg8; Sf5. Bauern: d5, g5.

Lösung H. Feierabend. 1. Le1—h4 Ka5×b4. 2. Lh4—d8 Kb4×c3. 3. Ld8—a5=. Ein leichtes humorvolles Stückchen. Der König wird gezwungen, sich an „Pferdefleisch" tot zu fe.... speisen.

Königsspringer Gambit.

Gespielt am 14. Mai in Berlin („Kaffeehauspartie").

Weiß: R. Oehlschläger.	Schwarz: Herm. Schmalz.
1. e2—e4 e7—e5	7. Sf3—e5 Dd8—h4†
2. f2—f4 e5×f4	8. Ke1—f1 Sg8—f6
3. Sg1—f3 g7—g5	9. Lb7×a8? c7—c6
4. Lf1—c4 d7—d5	10. d2—d4? Sf6×e4
5. Lc4×d5 Lc8—e6	11. Dd1—e2 f7—f6!
6. Ld5×b7 g5—g4	12. Se5×c6?? Le6—c4!! Aufgegeben.

Diese erbauliche Partie ist gekennzeichnet durch eine übermütige Spielweise. Weiß, anstatt sich einer gesunden Entwicklung zu befleißigen, „raubt und stiehlt" wie das vom Militär geflügte Großkapital. Wird aber trotz seines „materiellen" Uebergewichts zu Boden gezwungen. Es sei unseren Schachfreunden überlassen, den Fehlern nachzuspüren.

„Arbeiter-Sport". Unter diesem Titel erscheint jetzt in Berlin eine illustrierte Wochenschrift, die von den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Sportvereinen herausgegeben wird. Turner, Radfahrer, Leicht- und Schwerathletik, Fußball, jeder Wassersport, Wanderer, Volksgesundheitspflege und auch unser liebes Schach hat darin eine Stätte. Die große darin befindliche Schachspalte wird vom Berliner Arbeiter-Schachklub geleitet. Diese, im wirklich sozialistischen Geiste geleitete Sportzeitung können wir jedem Interessenten empfehlen. Der Preis der Einzelnummer ist 40 Pf. Vierteljahresabonnement für alle, die sich auf untenstehenden Leiter dieser Schachspalte berufen, 4 Mk. Bestellungen und Voreinsendung des Betrages (Bestellgeld beifügen) an „Arbeiter-Sport", Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 108.

Berlin hat jetzt das vierte Hundert seiner Mitglieder vollendet.

Hannover. Der hiesige neugegründete Arbeiter-Schachverein spielt jeden Donnerstagabend im Hotel „Stadt Braunschweig", Artilleriestr. 12. Vorsitzender ist Karl Lotz, Schubertstr. 1. Alle schachspielenden Arbeiter, welche auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, müssen sich dem Verein anschließen. Bedingung: freigewerkschaftlich organisiert oder Mitglied einer der drei sozialdemokratischen Parteien. Gäste und Anfänger, die das Schach erlernen möchten, stets willkommen.

Stettin. Arbeiter-Schachspieler, die gewillt sind, sich zu einem Arbeiter-Schachklub zusammenzuschließen, wollen sich unter Angabe ihrer Adresse auf einer Postkarte an den Leiter dieser Schachspalte wenden. Spielmaterial wird vermittelt. (Adresse untenstehend.)

Schachfiguren (deutsche) billig. 4.10 Mk. in tadelloser Ausführung sind jetzt endlich zu haben bei Willi Fürl, Neukölln, Emser Str. 74. Zusendungsporto 30 Pf.

Alle Schachsendungen an Robert Oehlschläger, Berlin N. 65, Hochstädter Str. 10 I.

Nachdruck des Inhalts verboten! Verantwortl. Redakteur L. Salomon-Lessen Berlin. (Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind zu richten nach Berlin, Lindenstr. 3. Berlin Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190718-15/fragment/page=0010